

Cübecker Volksbote

Organ für die Interessen der zweitägigen Bevölkerung

Der „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags sonntags und feiertags und in durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei Abholung durch die Ausläger vierthalblich 3.80, monatlich 12.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Bezahlungsgebühr beträgt für die geschäftige Zeit 100, aber wenn es bis 10 Uhr Vormittags, Verhandlungs-, Arbeits- und Wohnungsauslagen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 72.

Woch. vom 26. März 1919.

26. März.

Denkung für Bolschewismus.

Die verzweifelte Tat des Grafen Karolli, der von dem Siegesübermut der Entente zum Neuersten getrieben, die Regierung Ungarns an eine Sowjetregierung abtrat, die darauf mit Russland ein Bündnis schloß, hat im deutschen Volke den allerletzten Eindruck gemacht. Wie dies wirkt, das zeigt am besten der Umstand, daß sogar bürgerliche Politiker bei uns ernsthaft den Gedanken in Erwägung ziehen, das ungarische Beispiel nachzuhören. In „Berliner Tagblatt“ plädiert Bernhard Ternburg für den Gedanken, einen Frieden der nackten Vergewaltigung nicht zu unterzeichnen. Er schreibt:

„Deutschland steht heute als ein gescheiterter Simson an der Säule, die die weibliche Kultur und das Stadtbauideal Europas trägt. Wird die Orgie der Philister über unserm Haupt zu toll und herausfordernd, so werden wir diese Säule umreißen. Es ist schließlich einerlei, ob Deutschland unter unmenschlichem Druck und der Hungerblöße angeblich zwilsschter weiblicher Völker oder unter der wütigen Axt bolschewistischer Ideen zugrunde geht. Über dieses sind doch wenigstens Ideen, die, wenn auch missgeleitet und von falschen Voraussetzungen ausgehend, durch Blut und Greuel die gesamte Menschheit einem besseren Dasein zu führen wollen. Und fällt Deutschland unter diesen Streichen, so hat es die Genugtuung Simsons, daß die Trümmer des Tempels auch die Tafelrinden mit in den Abgrund reißen. Kommen Deutschland aus dem Westen nicht die Hoffnung und die Sicherheit einer Fortexistenz, die Lebewelt ist und ihm eine Wiederherstellung seines stilischen und wirtschaftlichen Lebens gewährleistet, so muß es entschließen sein Auge nach Osten richten, und wird dort vielleicht für seine Lebensbedürfnisse mehr Verständnis finden und nach einer schauderhaften Gegenwart eine günstigere Zukunft, als wenn es sich jetzt in Schmach und Schande ergibt, um dann der „Soldat der Entente“ nach Osten zu werden.“

Wenn so ein Mann schreibt, der als Vertreter des Bankkapitals sicherlich völlig frei von dem Verdacht bolschewistischer Neigungen ist, so gibt das allerhand zu denken. Wir haben freilich zu beachten: die freiwillige Auslieferung Deutschlands an den Bolschewismus ist der Sache nach ein freiwilliger Selbstmord. Das ist nicht übertrieben. Denn da die Entente uns alsdann keine Lebensmittel liefern wird, und Russland uns, darüber wir uns völlig klar sein müssen, keine Lebensmittel liefern kann, da ferner sicher ist, daß unsere eigenen Lebensmitteln bei weitem nicht bis zur nächsten Ernte reichen, so wird dieser Schritt eben zur Folge haben, daß Ende dieses Frühjahrs in Deutschland eine jahrelange Hungerepidemie ausbricht und ein großer Teil der Bevölkerung zugrunde geht. Dazu darüber hinaus infolge der undurchführbaren wirtschaftlichen Forderungen des Bolschewismus ein noch größerer Teil unserer Industrie zum Stillstand gelangen und die Arbeitslosigkeit noch viel größere Dimensionen annehmen wird, ist ebenfalls unzweifelhaft. Gegenüber Russland verschärft sich unsere Lage dadurch, daß in Deutschland nicht wie in Russland etwa 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung, sondern nahezu 75 Prozent der Bevölkerung in Industrie und Handel tätig sind. Ueber den Umfang der Katastrophe muß man sich also völlig im Klaren sein, wenn man von ihr spricht. Sie mutwillig herbeiführen, wäre ein Verbrechen. Aber wenn uns die Entente tatsächlich mit einer ähnlich oder noch größeren Katastrophe bedroht, dann kann schließlich wirklich einmal der Moment eintreten, indem das Verbrennen Pflicht wird. Die Erwägungen sind hier die gleichen wie bei der Beurteilung des Selbstmordes eines einzelnen Menschen. Solange der Mensch noch Aussicht hat durch Mut, Energie, Tatkräft oder Fleiß sich zu retten, wird man den Selbstmord als feige Schwäche zu verwerfen haben. Wer aber etwa als Gesangener Selbstmord begeht, um sich nicht durch grausame Feinde langsam zu Tode martern zu lassen, nachdem ihm jeder Ausweg der Flucht abgeschnitten ist, der kann sittlich kaum getadelt werden.

Sofort etwa und ohne Überlegung das ungarische Beispiel nachzuahmen, liegt für uns in Deutschland noch kein hinreichender Anlaß vor. Noch kennen wir unsere Friedensbedingungen nicht und noch besteht die Möglichkeit und eine wenn auch leise Hoffnung, daß die Vernunft bei unseren Feinden wenigstens einige Teilsiege eringen wird. Solange diese Aussicht besteht, ist es unsere Pflicht, Deutschland vor der inneren Katastrophe zu bewahren, die uns den letzten Weg der Rettung vorzeitig verschließen würde. Erweist sich dieser Weg aber als trügerisch, dann kann allerdings der Augenkla kommen, in dem wir unseren Feinden sagen: Tragt Ihr die Verantwortung!

Nationalversammlung.

Weimar, 25. März.

Am Regierungstisch: Scheidemann, Schiffer, Preuß, Wissell, Rosse, Bell, David.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3½ Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Anfragen.

Abg. Dr. Richter (D. R.): Führt Verschwerde über Vergewaltigungen deutscher Frauen in der Pfalz durch französische Besatzungsbehörden.

Abg. Hammer: Tatsächlich liegen Blätter aus der deutschen Pfalz vor, mit Artikeln, die veröffentlicht sind unter dem Druck der französischen Besatzung und gegen den Willen ihrer Redaktionen. Es handelt sich um ein systematisches Vorgehen mit dem Ziel, die Bewohner der Pfalz dem Reich zu entfremden. Die Regierung zweifelt aber keinen Augenblick an der Reichstreue der Pfälzer. (Beifall.)

Bayerischer Ministerialdirektor Dr. Wolff: Die bayerische Regierung schlägt sich dieser Erklärung an. Nichts kann die Reichstreue der Pfälzer erstricken.

Abg. Zait (Dem.): beschwert sich über ungenügende Versorgung der Rheinländer mit Brotgetreide, Mehl und Fett.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Braun: Die besetzten Gebiete sind trotz aller bestehenden Schwierigkeiten keineswegs schlechter versorgt worden als das übrige Deutschland. Von dem zielenden Sinn der Besetzung darf erwartet werden, daß sie das anstrebt.

Abg. Kuhne (U. S.): behauptet, daß die Truppen des Generals Miercer durch mangelfaule Überwachung den Blunders in Halle Vorwurf gelegt haben und würden ihnen Ungleichheiten und Ausschreitungen vor.

Major Gilli: Der Regierung ist bekannt, daß in Halle Änderungen vorgenommen sind. Um eine Wiederholung nach Möglichkeit zu verhindern, ist die Regierung bestrebt, eine ausreichende Polizei und Wehrmacht zu schaffen. Auch von anderen schweren Ausschreitungen in Halle hat die Regierung Kenntnis, z. B. von der häßlichen Ermordung des Obersten Kübler. Sollten von Mannschaften des Reiterschen Korps Ausschreitungen begangen worden sein, so wird dagegen ebenso energisch eingreifen werden, wie gegen jeden andern Schuldigen.

Nach Erledigung einiger weiterer Anträge folgte die Interpellation Gröber (D.), v. Payer (Dem.) und Großesetz. Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe- und Handelsbetrieben, sowie die Interpellation Arnstadt (D. R.) und Genesien, betr. Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe.

Abg. Wehlich (D. R.): beklagt die Interpellation Arnstadt: Wenn wir unser Wirtschaftsleben wieder aufstellen wollen, so müssen wir vor allen Dingen die kleinen und mittleren Betriebe wieder in den Sattel setzen. Dazu gehört die Einrichtung ausreichenden Kredits, die Beschaffung von Rohstoffen, die Förderung des Genossenschaftswesens. Freilich, was nützen alle diese Maßregeln, wenn die Regierung drauf und dran ist, durch Sozialisierungsexperimente die selbständigen Betriebe zu zerstören. In allen den Mittelstand betreffenden Fragen müssen die zuständigen Instanzen gehörig werden. Von der Regierung wird die Gemeinwirtschaft in einer Weise propagiert, die den Untergang der selbständigen Kreise des Mittelstandes bedeutet. Im Ausland schwimmt man über den Sozialisierungstaumel, der Endes Endes Deutschland völlig vom Weltmarkt ausschalten wird.

Zur Begründung der Interpellation Gröber und v. Payer erlätt.

Abg. Tril (D.): Durch die Revolution und die Sozialisierungsexperimente haben sich die Aussichten für Handwerk und Gewerbe verschlechtert. Für das Handwerk ist die Zuteilung von Rohstoffen besonders notwendig. Beim Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsamt müssen besondere Stellen mit dem nötigen Einfluß geschaffen werden, um den Bedürfnissen von Handwerk und Kleingewerbe Rechnung zu tragen. Das selbständige Handwerk darf nicht länger von der Regierung als Wucherdrödel behandelt werden. Vor allem muß dem Handwerk und Kleingewerbe die Kreditbeschaffung erleichtert werden durch staatliche Förderung der Kreditgenossenschaften.

In Beantwortung der Interpellation erklärte

Reichswirtschaftsminister Wissell: In dieser Zeit ist es schwer, abschließend über Fragen zu sprechen, deren Beantwortung ein bis in alle Einzelheiten ausgearbeitetes Wirtschaftsprogramm voraussehen würde. Ein Wirtschaftsprogramm kann heute nie endlich ausspielen. Wir kennen noch nicht einmal die räumlichen Grenzen unseres Wirtschaftsgebietes und die politischen Zustände, die darin herrschen werden. Niemand weiß, wie die weltwirtschaftliche Stellung unseres Wirtschaftsgebietes durch den Frieden gestaltet werden wird. Keine Verantwortungsstelle kann da im Zukunftsprogramm ausspielen. Aber darüber können wir sprechen, was die Ziele unserer Wirtschaftsführung sind, was gehören in und was geschehen kann. Der Krieg hat uns eine ungemeine Umwälzung aller wirtschaftlichen Beziehungen gebracht. Die Wirkungen des Krieges greifen tiefer in die Struktur unseres Wirtschaftslebens ein. Da ist es unmöglich, den Zustand von 1914 wieder herzustellen und jeden einzelnen Betrieb in seine frühere Wirtschaftsgeltung wieder einzufügen. Wer das vermeiden wollte, würde mit dem Vertrauen des Volkes ein verwegenes Spiel treiben. Die Zertrümmerung des Wirtschaftslebens ist nicht auf die Revolution zurückzuführen, sondern sie ist eine Folge des Krieges. (Widerspruch rechts; Zustimmung links.)

Sturmische Lohnbewegungen und zahlreiche Streiks haben zwar die Rückkehr zur Friedenswirtschaft erschwert, aber wer so tief gefürchtet ist, wie das deutsche Volk, taumelt erst, ehe er wieder voll zu Fuß kommt. Das Reich, die Länderstaaten und die Gemeinden haben durch schlechte Erfahrung von Aufträgen für ihre eigenen Bedürfnisse die Industrie und das Handwerk über den toten Punkt hinwegzubringen versucht. Die preußische Eisenbahnenwaltung hat Aufträge von rund zwei Milliarden Mark gegeben. (Zwischenrufe: Nicht für das Handwerk!) Hier das Handwerk allein nicht, sondern auch für die Industrie. Nur im Rahmen der Gesamtfürsorge kann auch das Handwerk berücksichtigt werden. Die Reichsfinanzverwaltung hat Aufträge im Werte von einer Viertel Milliarde gegeben. Im Reichswirtschaftsministerium ist der Plan erwogen worden, mit einem Fonds von mehreren Milliarden große Leitaufträge an das deutsche Wirtschaftsleben zu geben und zwar auch für solche Zwecke, für die das Reich selbst keinen Bedarf hat, die aber für die Ausfuhr zur Deckung des

privaten Bedarfs von Bedeutung sind. Aber leider hat die außerordentlich geplante Finanzlage des Reiches diese Gedanken nicht in vollem Umfang verwirklichen lassen, doch ist im Demobilisationsamt eine Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen erichtet und mit 200 Millionen Mark ausgestattet worden, um die gewerblichen Unternehmungen in der Durchführung einzelner Geschäfte oder ganzer Betriebe zu unterstützen. Zahlreiche Aufträge dafür liegen auch schon vor. Das Handwerk ist davon nicht ausgeschlossen. Es kann durch kleine Organisation die Kasse auch in Anspruch nehmen. Die Verteilung der Aufträge auf die Betriebe erfolgt unter Mitwirkung der Fachauschüsse der einzelnen Gewerbezweige. Das kommt hauptsächlich gewissen Zweigen der Eisen- und Stahlindustrie und des elektrotechnischen Gewerbes zugute. Im Zentralverband der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist als kompetenter Vertreter des Handwerks auch der Obermeister Platz. Mitglieder des Handwerks sind also nicht ausgeschlossen. Die neuaußen denkt, wir nicht an eine Fortsetzung der kareaturistischen Methode der Kriegswirtschaft; wir werden vielmehr Selbstverwaltung für die einzelnen Erwerbsgruppen schaffen, sobald Haushaltshäuser für die Zusammenarbeit der Einzelzweigen vorhanden sind. Nur im Zusammenhang steht die Zukunft auch des Handwerks. Hier steht die Förderung des Handwerks mit Rohstoffen und Betriebsmittel. Hier gefordert sowohl wie bei Auftragsverteilung wird das organisierte Handwerk selbst mitwirken. Der Großhandel wird, soweit er an Ein- und Ausfuhr unmittelbar beteiligt ist, auch nach dem Frieden mit Beschränkungen rechnen müssen. Die organische Neugestaltung der Wirtschaft wird zu einer empfindlichen Beeinträchtigung der Einfluß nach Art und Menge zwingen. Wie wir unter der Zwangswirtschaft mit freiem Handel sich entfalten lassen sollen, ist mir unverständlich. Der derzeitigen Notlage zahlreicher Kleinbetriebe und Handwerker erkennt, ist außerordentlich schwer, solange nicht die Gütererzeugung wesentlich erhöht werden kann. Nur wenn wir aus der Revolution erwachen, werden wir tatsächlich unsere Zukunft in die Hand nehmen können. (Beifall links.)

In der Preußischen Landesversammlung

beif. Präsident Leinert zu Beginn der ersten Sitzung die einzelnen Mitglieder der Revolution. Wir geben die Ministranten nochmals bekannt, da sie gestern unvollkommen waren. Leinert erklärte: Auf Grund des Paragraphen 3 der vorläufigen Verfassung berufe ich zum Ministerpräsidenten den bisherigen Jäger des Rates Hirsch, ebenso Schönlich zum Unterrichtsminister, Dr. Südel zum Finanzminister, Hirsch zum Handelsminister, Braun zum Landwirtschaftsminister, Reinhardt zum Kriegsminister, den bisherigen Justizminister Heinrich Hoff zum Minister des Innern, den gebreiten Kästner Dr. Behnhoff zum Justizminister, den Generalleutnant Siegwald zum Minister für Volkswohlfahrt. Beileidlich erkennt, als Minister aus. Er hatte seit Ausbruch der Revolution das Ressort der Inneren Verwaltung und ich wünsche ihm für seine Tätigkeit den Dank der Landesversammlung aus, ebenso dem bisherigen Verkehrsminister Hoff, der nach einem erheblichen Leben in der Ruhelage tritt. An seine Stelle tritt als Verkehrsminister der bisherige Direktor der Ostseezeitung Deter in Stettin. Damit ist die erste parlamentarische Regierung Preußens gebildet worden. Hinter ihr steht die Mehrheit des Volkes, und diese Mehrheit schert ihre Fertigkeit und ihre Tatkraft. Ich hoffe, daß es der ersten verfassungsgemäßigen Regierung Preußens gelingen wird, zum Segen des ganzen Volkes zu wirken.

Ministerpräsident Hirsch forderte zur Mitarbeit auf und rief für Unteilbarkeit Preußens ein, bis der deutsche Einheitsgedanke festgestellt habe. In die Verwaltung sollen die Tüchtigsten eingesetzt werden ohne Rücksicht auf Herkunft und Gläubigkeit. Mit einem Überschuss aus der Verkehrsverwaltung im nächsten Jahre ist nicht zu rechnen. Wir werden ehemalige Zulässungen aus Einkommensteuern erheben müssen. Die vordritte und letzte Kraft des Volkes zu heben, betrachtet die Regierung als ihre erste Aufgabe. Dazu gehört auch die Wohnungswirtschaft und die Hebung der Gesundheitspflege. Das Recht des Staates zur Schulaufsicht wird aufrecht erhalten. Die Schulaufsicht ist zu belebigen. Allen Lehrern wird die Universität geöffnet. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche soll durch vorläufige Vereinbarungen mit dem Ziel beiderseitiger Selbständigkeit geregelt werden.

Finanzminister Südel gab einen Überblick der Finanzen, forderte höhere Bezüge für Arbeiter und Beamte und erklärte, daß die Arbeitslosenunterstützung für einen Mann, der vier Jahre seine Haut fürs Vaterland zu Markt getragen habe, nicht zu hoch sei. Die weitere Debatte drehte sich um die geplanten Abstimmungen auf Ostseeterritorien, bei der die Deutschen Abstimmungen ihre bekannten Reden hielten. Eine Resolution gegen beabsichtigte Annexionen wurde einstimmig angenommen.

Wie die Deutschen nationale das Volk „lieben“.

Seitdem das deutsche Volk nicht mehr die Geduld besitzt, sich von den Reaktionären knechten zu lassen, ist es mit deren Liebe zum Volke vorbei. Die wilhelminischen Beleidigungen des Volkes sind den ehemaligen Käutnerkern noch nicht wütig genug. Man sieht beispielweise in der „Täglichen Rundschau“:

In dieser ungeheuren Stunde, die für Jahrhunderte über das Schicksal der Menschheit und aller Völker entscheidet, gibt es ein Volk, das nur für Streit, Triumph der Faulheit, Kino, Lingelstiel, Kaschemmenlust, Dinenhölle, Strafantritt, Massenmord und Revolution, Selbstzerstörung, Selbstbefriedung, Sinn und Leidenschaft hat — und das ist das Volk der Hohenstaufen und Hohenzollern, Luthers, Fichtes, Bismarcks, Hindenburgs.

Der Sinn für Selbstbesoldung scheint allerdings in dem Sudelfritzen der "Täglichen Rundschau" — er unterschreibt sich g. W. — sehr stark entwickelt zu sein. Er schreibt wenige Zeilen später:

„... auch die Todseinde ringsum merken es, und wir können es ihnen nicht einmal so sehr übel nehmen, daß sie dem im Delirium zusammengebrochenen deutschen Trunkbold Wasserstoffsäcken anlegen usw. usw.“

Zu g. W.s Entschuldigung wollen wir annehmen, daß er mit dem „im Delirium zusammengebrochenen Trunkbold“ sich selber gemeint hat. — Auf einer ähnlichen Stufe der Gewalttat steht auch ein Fliegerblatt der Deutschen Nationalen Volkspartei, für das als die deutschnationalen Nationalversammlungsmitglieder Dr. Eichner und Dr. Schiele am Konze verantwortlich zeichnen. Dieses Fliegerblatt erfüllt einen Vorsatz eines „Arbeiters“ (den offenbar irgend ein verfrühter Vertreter oder Abgeordneter verfaßt hat) an den Grafen Tschodowitsch. Es ist in den südlichen Vororten Berlins von Haus zu Haus verbreitet worden. Der angebliche Arbeiters, der dort sein Herz ausschüttet, erzählt zunächst, daß es ihm unerträglich sei, von ehemaligen Handwerkskollegen reagiert zu werden, er verlangt Staatsmänner mit wissenschaftlicher Bildung. Welches Recht von Stolz auf den eigenen Bonus, aber werden, es ist ja nicht der angebliche Arbeiter, sondern der verfrühte Arbeitervater, der das schreibt! Weiter erzählt er, daß Ebert, Scheidemann, Noske usw. nur Politiker geworden seien, weil sie „in der Faschistische Lust mehr zu ehrlicher Knochenarbeit hatten“. Die zwölf Millionen sozialdemokratischer Wähler bezeichnet der „Arbeiter“ etwa zwanzigmal in seinem Exguk als „Stimmlochhausen“. Weiter schreibt er:

Die gewerkschaftlichen sozialdemokratischen Käfigatoren hatten ihrem Stimmloch so früh eingedrungen; es befahlte hervorragend gute Eigenschaften, die Revolution hat allen Völkern der Erde bewiesen, daß dieses sozialdemokratische deutsche Stimmloch von allgemeinstem, milieubeherrschter Qualität ist. Arbeitsloses Gesindel, das die Staatsfassen systematisch plündert, von Raub und Diebstahl nur leben will. Diese miserabale Qualität des Stimmlochs trat sofort zutage, als es die alte wirtschaftliche Staatsordnung zertrümmerte.

... im Theater zu Weimar suchen nun die Scheidemann und Genossen ihrem Stimmloch durch einen Phrasenschwall neuen Nutz wieder einzufüllen usw. usw.

Der angebliche Briefschreiber bittet seinen Adressaten, den Grafen Tschodowitsch, alles dieses in der Nationalversammlung zu sagen. Wir sind gespannt, ob Graf Tschodowitsch den Nutzen haben wird, diese von seinen Fraktionstöpfen Trenk und Schiele entgegensezten Verurteilungen in der Nationalversammlung zu vertreten. — jedenfalls zeigt sich, welche Lüftung die deutschnationalen Bande in Wirklichkeit vor dem Volk hat, das sie zu „Nischen“ vorgibt.

Aus der Nationalversammlung.

Reichsminister Bauer stellt die Kabinettswünsche.

Im Ausschuß für soziale Arbeiten, der in seiner Sitzung die Rechtsäquidität der Verordnungen über die Wahlen der Abgeordneten für die Krankenkassen zu prüfen hatte, erklärte Reichsminister Bauer, daß er eine Wiederherstellung der alten Ordnung seinerseits nicht zu sehen könne. Würde sie dennoch beschlossen, so wäre es ihm unmöglich gemacht, die Geschäfte des Reichsarbeitsamtes weiterzuführen.

In der Verfassungskommission

gaben die sozialdemokratischen Mitglieder eine Erklärung ab, in der sie die in der preußischen Landesversammlung erhobenen Vorwürfe, als treiben sie eine Majorierung Preußens und bestimmen eine Lösung bestimmter Reichsteile vom Reich, zurückweisen. Der Beschuß des Ausschusses ist von dem erlaubten Streben bestimmt, unter einer nach Möglichkeit verringerten Reichsgewalt nicht eine Zerstörung oder Auflösung des Reiches oder Preußens, sondern eine nach dem Willen der Bevölkerung anzustrebende gleichmäßige Gliederung des Reiches in große Selbstverwaltungsgebiete anzubahnen.

Socialistische Annahme.

Deutschland.

Die erste Anerkennung der deutschen Republik.

Der Schweizerische Bundesrätechef Ador bestätigte das Schreiben des Reichspräsidenten Ebert, wonach dieser ihm seine Wahl und seinen Amtsantritt angezeigt hat, mit einem warm gehaltenen Handschreiben. Damit erkannte die Schweiz als erster erwähntiger Staat die neue deutsche Reichsregierung förmlich an.

Beginn der Friedensverhandlungen?

Beratungstisch teilte in der gesetzlichen Veröffentlichung in der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes die Friedensverhandlungen an, die französischen Regierungen hätten erachtet, eine Kommission von iets zu den finanziellen Verhandlungen nach Paris zu entsenden, eine Demarche, die als Beginn der Friedensverhandlungen angesehen sei.

Wie aus Paris gemeldet wird, haben die Großmächte beschlossen, das Zeugnis zu tun, um den Bericht innerhalb einer Woche fertig zu haben. Derer Erreichung wird dem nachstehenden Ertrag der Pariser zugeordnet.

In der am Dienstag nachmittag abgeschlossenen Radisson-Sitzung wurde u. a. auch der Finanzausschuß bestimmt, der heute, bei Einladung der Abgeordneten spätestens nach Paris begreifen wird, um dort in erster Linie die finanzielle Seite des Friedensvertrages zu regeln. Die Abstimmung fand aus folgenden mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Abgeordneten statt: Die Hamburger Bankiers Dr. Walther und Dr. Warburg, Direktor Uhl von der Direktion der Deutsche-Gesellschaft in Berlin, Direktor Stenzl von der Deutschen Bank in Berlin und der Großindustrielle Richard Merten, einer der Inhaber der Frankfurter Metall-Gesellschaft. Außerdem gehörten der Abstimmung zwei Mitglieder der Waffenstillstandskommission und ein Mitglied der Reichsbank an.

Sozialdemokratische Oberpräsidenten.

Wie die „D. P. R.“ hören, werden demnächst an Stelle der zurücktretenden Oberpräsidenten von Schleifer und Edelsheim-Holstein ernannt werden: zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein sowie zum Präsidenten der preußischen Landesversammlung Philipp-Breslau und zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein der Führer der sozialdemokratischen Stadtverordneten Kiel, Pöhl.

Die Lage der deutschen Kriegsgefangenen.

In Frankreich ist nach dem Bericht der Schweizerischen Botschaft sehr längst. Die deutsche Waffenstillstands-

Kommission überreichte deshalb in Spa eine Note, in der folgende Vorwürfe erhoben werden: In dem Mannschaftslager von St. Martin de Re herrscht schwerer Wassermangel. Es fehlt an Stromzähnen, die Decken sind sehr dünn und klein. Im Lager zu Orleans sind die Arresträume dunkel und unheilbar. Die Brausen und Aborte reichen nicht aus. Der Krankenraum hat keine Betten. Die Durchgangsgefangenen liegen in großen unheilbaren Zellen auf solem Stroh mit nur einer Decke. Es mangelt an Wäsche und teilweise an Schlafsäcken. In der Kaserne Richepanse (Rouen) schlafen die Kriegsgefangenen auf sofer Holzwolle. Als Ergebnis dienen noch immer verschwundene Gewissenskonventionen. Viele können nicht nach Hause schreiben, weil seit vier Wochen keine Postkarten erhalten sind. Die deutschen Kriegsgefangenen in Tournai (Frankreich) erhalten aus Deutschland seit langer Zeit weniger Nachrichten noch Pakete. Vom Aufsichtspersonal, Franzosen und Belgier, werden sie mit Röbenschlägen und Fustritten mishandelt, meist, wenn sie vor Erhöhung zu ammenbrechen. Die deutschen Kriegsgefangenen in der französischen Kriegsgefangenen-Kompanie 114 in Belfort erhielten bei der schweren Grippe-Epidemie nur ganz ungünstige ärztliche Pflege. So wie sie überhaupt im Lazaret untergebracht waren, wurden ihnen die Bettstellen fortgenommen.

Die Arbeit der Reaktion auf dem Lande.

Im „Vorwärts“ veröffentlicht an leitender Stelle ein sozialdemokratischer Lehrer vom Flachland einen Aufschrei gegen die reaktionäre Verwaltung und die systematische Arbeit der monarchistischen Reaktion. Er schließt mit folgender Mahnung: Führt endlich einen entscheidenden Schlag gegen die Monarchisten! Dann werden Sie weniger mit Bolschewisten zu kämpfen haben und gegen den gemeinsamen Gegner werden sich die Proletarier wieder zusammenfinden. Gebt die Vorposten nicht preis!

Bildung eines Reichserwerbslosenkomitees.

Aus Vertretern der Erwerbslosenverschäfts Preußens, Bayerns, Sachsen, Württembergs und Badens wurde ein Reichserwerbslosenkomitee gebildet, der sofort die Arbeit mit den für die Erwerbslosenverschäfts in Betracht kommenden Reichsämtern aufgenommen hat.

Als Minister — als Parteimann.

Im Abgeordnetenhaus hat Adolf Hoffmann erzählt, daß sein Kultusminister habe auch er in der Frage der Trennung von Kirche und Staat eine Verständigung erachtet und insbesondere „an einer ertragreichen finanzielle Regelung der Kirche bedacht“, als Parteimann werde er jetzt aber darüber eintreten, daß die vielen Millionen für die Kirche groß gelöscht werden.

Als Parteimann wird Adolf Hoffmann dann natürlich auch den mehrheitssozialistischen Minister „Verräter“ und „Schlappschwanz“ nennen, der die von Adolf Hoffmann, dem Minister, erstrebte Verständigung in die Tat umsetzt. Denn das ist ja die Taktik der Unabhängigen: sie schimpfen auf uns Menschen vorwärts. Worauf wir etwas von dem tun, was die Unabhängigkeiten angestrebt haben, — solange sie selbst Minister waren!

Bayern gegen unerträgliche Zentralisierung des Reiches.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des bayrischen Landtags nahm einstimmig eine Entschließung an, die sich gegen die Absicht einer unerträglichen Unitarisierung und Zentralisierung des Reiches wendet. Bayern steht neu zum Reich. Die bayrische Regierung ist bereit, zur Stärkung der Reichseinheit und Rechtsgewalt auf manche ihm neu gewordene Rechte zu verzichten, aber die überdauernde Grundlage des Reiches will es unangetastet lassen. Durch eine einzige Gleichgewichtssakte der Nationalversammlung könnten lebenswichtige Sonderrechte des bayrischen Volkes nicht einfach aufgehoben werden. Nur auf dem Wege der Verständigung, wo u. Bayern die Hand bietet, kann hier eine zeitgemäße Umgestaltung von dauerndem Bedarf geschaffen werden. Entchieden Widerstand erhält der bayrische Landtag aber auch gegen das Bestreben, durch eine unzureichende Ausdehnung der Zuständigkeit des Reiches auf jüdische Gebiete des Wirtschaftslebens und der kulturellen Bildung und durch Steuerprachazne für aller, bisher den einzelstaatlichen Finanzquellen für das Reich, das Ende der einzelstaatlichen Wirklichkeit eingehen, daß ihnen ein selbständiges Eigenleben unmöglich wird. Durch eine Gemaltpolitik, die das Selbstbestimmungsrecht der dem den Staaten angerichtet läßt, wird keine Einheit erzielt. Der bayrische Landtag beantragt die bayrische Regierung, die Rechte des bayrischen Volkes im Sinne dieser Entschließung mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung und in der Nationalversammlung zu vertreten.

Kleine politische Nachrichten.

Die Pressemeldung über die Verhandlungen zwischen der Staatsdame Reiterling und dem Reichsmehrministerium trifft nicht zu. Die Minarkonvention besteht solange zu Recht, bis eine Neuordnung von Reichs wegen eintritt.

Ungarn.

Über die Lage in Ungarn liegen bestimmte Meldungen nicht vor. Die „Times“ glaubt, daß die ungarische Regierung Karolyi mit den Kommunisten eine abgekartei Spieletreibe. Sie vergleicht die Übertragung der Regierungsgewalt an die vereinigten Sozialisten und Befreiungen mit einem betrügerischen Bankrott. Das Vorgehen Ungarns sei eine Aufforderung an Deutschland, diesem Beispiel zu folgen. Gleiches das, so würde die Pariser Konferenz nur ein Debattierklub sein. Dan müssen energisch einstreiten.

Der revolutionäre regierende Rat ordnet die Bildung einer auf Revolutionsdisziplin sich basierenden neuen Proletarier-Armee, einer ungarischen Räterepublik und einer sogenannten Roten Armee an, die in einer Linie auf Anwerbung aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft und aus gegenwärtig unter den Waffen stehenden Proletarier-Soldaten beruht. Innerhalb der Roten Armee werden auch Arbeiter- und Kriegsberobstallone und Truppenkörper gebildet, deren Kommandanten ausschließlich den Reihen der Arbeiterschaft entnommen werden.

Nach einer Meldung des Korrespondenten ist die Staatspolizei auf und stellt sich der neu zu errichtenden Roten Republikarmerie zur Verfügung. Der Polizeikommandeur für das Salzburgnahme nahm das Anerbieten an und forderte die Polizei auf, bis zur Errichtung einer Roten Armee das Elendsleben nicht weiter zu verteilen.

Das Volksärzteamt hat die Produktion erlaubt eine Decretation, wonach die Beipreise von Betrieben und Unterneh-

mungen bei Strafe verpflichtet sind, die Betriebe in einen Kohlen- und Rohstoffverhältnissen entsprechend Maia zu erhalten.

Der Nationalrat beschloß auf Antrag des Präsidenten Hock die Auflösung.

In einer Anrede bei der Verabschiedung der Mittwoch des früheren Robins, betonte Karolyi, alles, was getan sei, sei die natürliche Entwicklung, die durch die Bindung und Willensfreiheit der Untertanen beschleunigt wurde. Er sei ein Ungarn, der heute nur noch auf dem Wege über die Internationale zu retten. Seiner möge nach Kräften darum tragen, daß das Unternehmen des neuen Regimes gelingt, denn dies fördere das Interesse der ungarischen Rose. — Die Karolyipartei hat ihre Auflösung beschlossen. Die Redner konnten unter lebhaftem Beifall der Anwesenden die Notwendigkeit der Vereinigung aller Kräfte zur Unterstützung der revolutionären regierenden Rates bei Erfüllung seiner großen Aufgaben. Auch die radikale Partei beschloß die Auflösung.

Frankreich.

Der Prozeß gegen Janres' Mörder. In dem Prozeß gegen Villain erklärte der Angeklagte, mit Vorbehalt gehandelt zu haben, weil er Saures Wirkung für unrechtlos hielt das Volk gehalten habe. Schon beim Amtsentfernung schmerzte es ihn, die Kameraden unpatriotische Gedanken zu hören; die Eröffnung flog angeklagter Brüderlichung Elias Lothringens auf das Höchste. Er beschloß zuerst, den Kaiser zu töten. Erstellt habe ihn auch der Widerspruch Janres gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit, da er davon Störungen der Mobilisierung durch Sabotage befürchtete. Damals kam ihm der Gedanke, Janres zu töten. Am 31. Juli stand er bei den einrückenden Soldaten wenigen Begeisterung als er erwartete und verschob die Ausführung des Vorhabes. Er sei abends lange um das Kaffee herumgestreift, in dem sich Janres befand, habe aber einer plötzlichen Eingabe folgend den Vorhang gelüftet und gefeuert unter einem unverdächtlichen Orange gehandelt. Darauf, daß Janres Frau und Kinder habe, daß er nicht. Auf die Frage des Präsidenten, ob er nicht erwog, daß der Mord schwere Arbeitserinnerungen hervorrufen könnte, und ob er nicht an die bevorstehende Rechthaberschaft des Ermordeten dachte, erwiderte Villain: „Ich bin tief religiös, aber das Gewissen erwacht in diesem Augenblick nicht.“ Nach dem Verhör wurde die Szenen verdeckt, die Villain's erbisch stark bestimmt antrieben und daraus auf Verminderung der Bußstrafe schließen. Sie meinen, Villain handelt aus patriotischer Überhöhung. Darauf erwiderten mehrere Redakteure der „Humanité“, wie sich der Mord abgespielt habe.

Die sozialistische Kameratauve in Paris sprach sich einstimmig gegen jedes Eingehen in Russland aus. Sie beschloß, als Zeichen der Missbilligung der Eroberung gegen die Sowjetrepublik eine Herabsetzung der Milizkredite zu beantragen. Villierand wurde zum Generalkommissar der Republik in Straßburg ernannt.

England.

Enormes Ansteigen der Arbeitslosenziffer. Die Anzahl der Arbeitslosen, die am 5. März in England unter Führung erzielten, betrug 992 232, hat aber inzwischen ein Million überschritten. Darunter befinden sich ungefähr 200 000 deaktivisierte Soldaten und 493 000 Frauen. Seit November 1918, wo die Zahl der Arbeitslosen etwa 70 000 betrug, hat sich diese Ziffer schnell und regelmäßig um durchschnittlich 66 148 pro Woche gesteigert.

Kriegskosten und kaiserliches Verpermögen. Im Unterhaus wurde gestritten, ob etwas getan würde, um das Privatvermögen des deutschen Kaisers als Beitrag zum Ertrag der Kreaskosten vorzumerken. Bonar Law erwiderte es werde jede mögliche Sanktion Deutschlands berücksichtigt. Im übrigen werde er den Vorstand Bostom's dem britischen Kriegsminister im Ausschuß zur Schadensvergütung übermitteln.

Aus Südbayern und den Raumgebieten.

Mittwoch, 26. März.

Die Bürgerschaft

nahm gestern ohne Debatte in weitesten Rechten die Senatsvorlage betreffend Neueröffnung der beiden einen Abchüttungen der Staatsversammlung an. Nunmehr ist die Bahn frei für den Eintritt aller Bürgerschaften in den Senat. Am Sonntag wird zum ersten Male die Bürgerschaft auf Grund der neuen Bestimmungen die Ergänzungswahlen zum Senat vornehmen.

Zann wurde die Beratung des Staatshaushaltplanes fortgesetzt beim Abchüttung Unterhessischen. In der längeren Zusprache spielte die Frage der Einheitsschule eine große Rolle. Genossen Blanckhafer trat hier für eine einheitliche Einheitsschule ein und sprach sich für die Belebung der Volksschulen, die Standesrichter sind, und stellte die unbedingt notwendige Aufmerksamkeit der Gehälter der Volksschullehrer aus. Herr Melot Kempten bestätigte gleichfalls die Einheitsschule und beantragte die Aufhebung der Bischöflichen. In der Schuldebatte nahmen auch mehrere weibliche Bürgermeister aller Parteien das Wort, die Anträge auf Annullierung von Schulzulagen sowie gegen die Zusammenlegung zweier Schulen in einem Gebäude reich beworben. Dr. Wittgen trat mit einem großen Auftand von Worten und Argumenten für die Volksschulen ein, deren Befreiung nach seiner Meinung gegen die Freiheit, wie er sie sieht, verstößt. Seine Ausführungen ließen aber sehr deutlich erkennen, wie dann auch später festgestellt wurde, daß er monatelang „unverstanden“ hatte. Er gehörte aber zu den Leuten, die den Bedürfnissen der neuen Zeit kein Verständnis entgegen bringen. Meiste Genossen Blanckhafer dienten ihm in bester Weise, angenommen wurde auch ein Entschluß des Genossen Hoff auf Erhaltung des unentbehrlichen Unterrichts in den Volksschulen.

An der weiteren Beratung über den Haushaltssplan brachte Genossen Knappe Wünche bezüglich unierter Krankenhausausgaben zum Ausdruck. Nach Bekämpfung der Einzelberatung wurde der Haushaltssplan endgültig angenommen und die Genehmigung von 9% Einheiten der Einwohner beschlossen.

Dann erfolgte die Beratung und Annahme des Voranschlags der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten. Genossen Jaekel stattherrte die nicht mehr zeitgemäße Kleidung und Haartracht der Baisenhaus-Ölzung. Frau Hartmann und Dr. Wittgen fanden diese übertriebenen einer längst versunkenen Periode künstlerisch schön und waren für ihre Beibehaltung einwährend Herr Mohr von den Demokraten die Fortdauer unserer Genossen unterstützte. Genossen Hartmann bewilligte eine Zulage für die Altersrentenbezücher im Heiliggeisthospital. Von den weiteren Senatsanträgen führte nur derjenige, der das Altenheim durch Trocmunder Einwohner zum Gewerbe und zu einer erziehenswerten Ausprache. Da sich hier mancherlei Meinungsverschiedenheiten herausstellten, so wurde der Senatsantrag auf Vorschlag von Dr. Götz an eine Kommission verwiesen.

Zum Schluß gelangte nach einer längeren Begründung durch Genossen Hoff dessen Antrag zur Annahme, der um Prüfung der Frage der Errichtung einer Fachabteilung für Gastwirtschaftsgehilfen beim öffentlichen Arbeitsnachweis ersucht. Von dem Gastwirtschaftsgehilfenverband war eine diesbezügliche Eingabe zu Beginn der Sitzung verlesen worden.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Freitag abend 7^{te} Uhr im Konzerthaus Hünhausen statt. Dieselbe wird sich mit der diesjährigen Maifeier sowie den bevorstehenden Senatswahlen beschäftigen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Aufgabe technischer Schwierigkeiten konnte gestern leider
einem Teil unserer Abonnenten die Beilage nicht mitgeliefert
werden. Wir ersuchen, das entschuldigen zu wollen. Heute wird
ihnen die fehlende Beilage nachgeliefert.

Der Wohnungs nachweis,

ber bisher der Behörde für Wohnungspflege unterstellt war, ist jetzt dem Wohlfahrtsamt mit angegliedert worden und befindet sich Untertrave 104, Zimmer 28. Nachdem die bisherigen, über den Wohnungsnachweis geltenden Bestimmungen aufgehoben sind, hat das Wohlfahrtsamt neue, erheblich weitergehende erlassen. Hierauf sind sämtliche Wohnräume einschließlich der eingerichteten Einzelzimmer, soweit sie vermietbar geworden sind, innerhalb 3 Tagen nach Eintritt der Vermietbarkeit dem Wohnungsnachweis zu melden, fällt sie in Lübeck selbst, in den Stadtteilen Moisling, Vorwerk, Schlutup, Travemünde, Siems, Küsnitz, Herrenwyk, sowie in den Landgemeinden Schönbökken und Genin belegen sind. Die Meldungen haben zu erfolgen bei den in Lübeck selbst und in Moisling, Vorwerk, Schönbökken und Siems belegenen bewohnbaren Räumen bei dem Wohnungsnachweis Untertrave 104, Zimmer 28, bei den in Schlutup und Travemünde belegenen bei den dortigen Verwaltungsstellen und bei den in Küsnitz, Herrenwyk und Siems belegenen bei der Polizeistation in Küsnitz, sofern sie nicht während der dreitägigen Frist wieder vermietet sind. Die Anmeldung erfolgt auf einer vorgeschriebenen Anmeldekarre, die an den vorgenannten Meldestellen unentgeltlich zu haben ist. Ist eine dem Wohnungsnachweis derartig gemeldete Wohnung wieder vermietet, so ist die Vermietung der angemeldeten Räume innerhalb 3 Tagen nach Abschluß des Mietvertrages auf einer sogen. Anmeldekarre dem Wohnungsnachweis bzw. den in Betracht kommenden Geschäftsstellen anzuzeigen. Das Gleiche gilt, wenn die Räume von den Verfügungsberechtigten selbst in Gebrauch genommen oder 3 Personen zur Benutzung überlassen werden. Die Anmeldekarre werden den Melbenberechtigten gleichzeitig bei der Anmeldung ausgestellt, und sind deshalb sofortig aufzubewahren. Durch diese erweiterten Melbehörschriften, die nicht nur für Lübeck selbst, sondern auch für seine Vorstädte und die umliegenden Landgemeinden Schönbökken und Genin Geltung haben, ist Gewähr geboten, daß dem Wohnungsnachweis sämtliche in diesen Gebieten zum Vermieten bereitstehenden Räumlichkeiten bekannt sind, sodaß die Wohnungssuchenden sich lediglich an den Wohnungsnachweis zu wenden

brauchen, um zu erfahren, wo Räumlichkeiten zum Vermieten bereitstehen, zu wann diese zu vermieten sind und welche Größe die betr. Räumlichkeiten haben. Durch die Mitteilung auf Grund der Meldekarten ist auch der Wohnungsnachweis in der Regel über den Zustand der in Betracht kommenden Wohnungen genau unterrichtet, insbesondere darüber, ob die Wohnungen Gas, elektrisches Licht, Zentralheizung oder sonstige Vorteilhaftigkeiten haben und wieviel der vom Vermieter verlangte Mietzins beträgt. Um dem Wohnungsnachweis ordererseits zu ermöglichen, einen Überblick über die Zahl der Wohnungssuchenden zu erhalten, werden bei dem Wohnungsnachweis bezw. bei den einzelnen Meldestellen Verzeichnisse geführt, in die sich diejenigen Personen, die eine Wohnung zu mieten wünschen, eintragen lassen können unter Angabe ihrer einzelnen Wünsche über die gesuchte Wohnung. Vertreter der Wohnungsnachweis den Wohnungssuchenden nicht gleich bei ihrer Meldung eine geeignete Wohnung nachzuweisen so gibt er ihnen schriftlich Nachricht, sobald er pläut, eine solche für sie gefunden zu haben. Das Gesuch nach Wohnungen gilt vier Wochen nach erfolgter Anmeldung als zurückgenommen, wenn nicht innerhalb dieser Frist von dem Wohnungssuchenden keine Meldung erneuert ist. Unter Vermieter und Untermieter gelten als Verfügungserichtige über eine Wohnung oder Teile derselben und als Vermieter und Mieter im Sinne der Verordnung. Die Tätigkeit des Wohnungsnachweises ist für sämtliche Teilnehmer kostenlos. — Vermieter können nur dringend ermahnt werden den Meldebestimmungen der Verordnung mindestens nachkommen da sonst in Anbetracht der herrschenden Wohnungssnot gegen sie von den gesetzlichen Strafbestimmungen Gebrauch gemacht werden kann.

Lohnbewegung der Bäcker. Am 24. März 1919 fand im Gewerkschaftshaus eine stark besuchte Versammlung des Verbundes der Bäcker, in der die Verhandlungen mit den Unternehmern bekannt gegeben wurden. Da der Diskussion, welche zeitweise recht stürmisch war, wurde das Angebot des Unternehmers von 5 Mark die Woche als in der jz. gen. Zeit ganz unzureichend zurückgewiesen. Es wurde ein Antrag einstimmig angenommen nach welchem die Arbeitnehmer auf ihrer Forderung von 90 Marklohn, welche den Verdienst der ungelernten Arbeiter nicht übertreibt, unbedingt festhalten. Zur weiteren Verlauf der Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Angebot des Unternehmers durchaus nicht einverstanden. Sie erklärt in Ansehung des heutigen Standes der Preise für alle notwendigen Lebensbedürfnisse, zumal durchaus noch keine Ausicht ist dass in abhbarer Zeit ein Rollen der Preise zu erwarten ist, unbedingt den gesteuerten Forderungen festzuhalten zu müssen. Des Weiteren zu bemerken, daß sich diese Forderung, zumal wo es sich um einen Lohn von 90 Mark handelt, in keiner Weise über den Lohn anderer Arbeiter erhebt. Sie weist daher ganz entschieden das Angebot des Arbeitgebers als ganz unzureichend zurück und erwartet bestimmt zum 1. April die Lohnbewegung gerebelt, ebenso sich genötigt sieht, an genanntem Tage ihre Konsequenzen zu ziehen. Vorsichtig ist die Unternehmertreite in amüsterlich und

Streik der Angestellten. Von einem Mitgliede des Arbeitgeber-Bundes wird uns hierzu geschrieben: Der Anhalt des stolzen Arztes der Streitkunst konnte wiederum bei der Bevölkerung den Eindruck erwecken, als wenn es sich die Arbeitgeber, den Angestellten eine zeitgemäße Gehaltsaufstellung zu wahren; dem ist nicht so. Die Mitglieder des Arbeitgeberbundes sind nach wie vor bereit in zeitgemäße Gehaltsaufstellungen ihrer Angestellten einzustimmen, aber sie glauben, es nicht taugt mehr zu lassen, Konsulter zu berücksichtigen welche die

Rautabakwindel wird sein Ende. Dem augenblicklich noch stehenden grossen Mangel an Rautabak machen sich zahlreich Schwindler zunutze und verkaufen unter der Marke Rautabak es möglichst, nur nicht Tabak. Nunmehr wieder tauchen neue Firmen auf, die als Rautabak Sachen verkaufen, die nicht einmal als Cigarren angesprochen werden können. Meistens handelt sich um mit Tabaklauge oder einer ähnlichen Flüssigkeit geinfektes Papier, das in Form von Rautabak angedreht und gerollt ist. Zuweilnd taucht eine Hamburger Firma auf, die angeblich echten Rautabak anbietet. Der Betrende der Firma legt ausserdem echten Rautabaks vor. Was die Firma aber dann tut, ist Verdacht. Es kann nur dringend empfohlen werden, solchen Vorschoten, besonders auch Reizungssymptomen gegenüber die grösste Vorsicht anzuwenden. Wer bereits durch diese unlautere Machenschaften geschädigt ist, sollte seine Einnahmen der Rentenanstalt zur Bekämpfung der Schwindsucht möglich machen.

Zum Schutz der Bauarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit hat der Senat folgende ergänzende Bestimmungen erlassen: Elektrische Hochspannungsleitungen sind sachgemäß einer Berührung in sicherer Weise durch Umkleidung usw. zu schützen. Bei Eisenbetonbauten ist an den freistehenden Seiten dieser Bauten ston bei Herstellung der Leiters- und Balkenverschalungen in Höhe der nächsten Balkenlage unter der Arbeitsstelle ein ordnungsgemäßes Arbeitsgerüst für Männer nach §§ 18—15 anzubringen. Dieses Gerüst muß so stark sein, daß es nicht nur abstürzende Personen sicher aufzunehmen vermag, sondern daß es auch durch herabfallende Teile der Abschaffungen, Schalmaßen und durch sonstige Bau- und Werkteile nicht durchstoßen werden kann. Alle Bauarbeiten über Räumen von mehr als 6 m Höhe dürfen nur unter Verwendung sicherer Arbeits- und Schutzhilfsmitteln erfolgen. Die Arbeitsstrukturen müssen den auf ihnen beschäftigten Personen einen solchen Stand bieten, daß die Arbeit ohne Gefahr für diese Personen ausgeführt werden können. Aufrufordnungen des Polizeiamtes sind diesem Bläue und Sicherheitsberechnungen der Rüstungen vor ihrer Ausführung zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen. Der Arbeitsschutz auf dem Gerüst ist an den freien Seiten durch Bordbretter und Rückenlehnen nach den Bestimmungen des § 14 Abs. 4 gesichert sein. Das Aufsteigen und Absteigen zu und von den Arbeitsgerüsten darf nur mittels Leitern oder Treppen erfolgen. Unter solchen Arbeitsschäden, unter denen aus betriebstechnischen oder anderen Gründen die Herstellung von feststehender fahrbaren, Leiter- oder hängenden Rüstungen nicht möglich ist, sind Rampe oder Sprungstiege zu verwenden, die von einem Gelenk und so stark und dicht verschlossen sein müssen, daß abstürzende Personen sicher aufgefangen werden. Vockgerüste dürfen nur bei Arbeiten bis 3 m Höhe verwendet werden. Ihre Aufstellung auf den Böden anderer Gebäude und auf Vockgerüsten ist untersagt. Geräuschteigige Arbeiten und Rutschereignisse, die nur kurze Zeit in Anspruch nehmen, dürfen auch mit Hilfe verstellbarer Steuerwehrleitern ausgeführt werden, sofern diese Leitern oben mit einer festen, durch Bordwand und Steuerwehr gesicherten Plattform versehen sind. Arbeiten an oder auf Dächern finden die Bestimmungen des § 22 Abs. 1 und 2 sinngemäße Anwendung. Die Arbeiter haben sich durch Anleinen zu schützen. Die Betriebsunternehmer haben in diesem Zweck die erforderliche Anzahl von Hangleinen mit ausreichendem und Sicherheitsabstand auf der Baustelle bereitzuhalten. Bei Beschilderung der Baustelle mittels Hand- oder Schildern ist auf ordnungsgemäßige Verladung der Güter zu achten. Diese muß so erfolgen, daß die Stücke in Gleichgewicht liegen, daß sie fern vor dem Fahren nicht anstoßen können und auch gegen Rippen, Follen, Kutschen usw. gesichert sind. Die Wagen sind auf abschüssigen Wegen zu bremsen. Das Aufsteigen und Absteigen auf Wagen jeder Art während der Fahrt ist verboten. Während der an einer Bauausführung muß entweder der Betreuer oder die Beauftragte die Beachtung der Schutzbestimmungen verantwortliche Bauarbeiter oder sein Vertreter auf der Baustelle anweisen. Diese Bauarbeiter und sein Vertreter sind dem Polizeiamt namhaft zu machen, auch auf der Baustelle bekanntzugeben. Geht nicht das nicht, so basiert der Unternehmer, in dessen Auftrag

e Sicherheiten zu geführt werden, nach Maßgabe der neieglichen
t. abweichungen allein für die Befolgung der Vorschriften.

Generelle Aufhebung der Eiercessionierung.

Wie die „Telegraphen Union“ von zuständiger Stelle
föhrt, ist beschlossen, den Verkehr im Verbrauch
von Eiern und Seifen zum 1. April freizugeben. Die
gleichen Erfahrungen, die mit der Erfassung der Eier ge-
macht worden sind, waren die Ursache zu dieser Maßnahme.
Andererseits sollen die Wünsche der Landwirtschaft in dieser Sicht
erfüllt werden. Unter gewissen Vorauseuungen ist die Mög-
lichkeit geblieben, daß einzelne Landeszentralbehörden innerhalb
ihres Gebietes eine Verkehrs- und Verbrauchssteuerung einzühren,
um allgemein einen soll dem freien Handel keine Beschränkung auferlegt werden. — Auslandseier werden noch weiterhin bewusst
verbotet. Wen wird jetzt bald sehen, ob es bei dem freien Eier-
handel für gewöhnliche Sterbliche überhaupt noch Eier gibt!

Winterliche Kälte ist in den ersten kalendermöglichen Früh-
tagen wieder eingetreten. Matts fand das Thermometer
5 Grad unter Null. Den Saaten schadet dieser Frost selbst-
verständlich nicht unerheblich.

* Diebstahl. In der Nacht zum 25. d. Mz. sind von
einem Gastrau an der Hallesche 15 m de jüngster Ma-
niederrath gestohlen worden — Abhöden gesommen und
ermittelt gestohlen ist gestern ein vor einem Hause in der
Friedauer Allee hingestellt gewesenes Fahrrad Ma-
veis-Creis, mit den vom Polizeiamt gelieferten Nummer-
niedern 7326.

* Einbrecher und Schläger verhaftet. Ermittelt und festge-
nommen wurde ein Arbeiter aus Jena wegen Einbruchdiebstahl.
Selbe hatte es verstanden in totfinsterer Weise Bodendieb-
stahl auszuführen, von denen ihm bereits 7 verschiedene Fälle
bekannt waren konnten. Das Diebesgut schonte der Ein-
brecher in ein Haus der RL Petersgrube, wo er mit einer Frauens-
eigen Beleidung untersteht. Dort traf er sich mit einem
Schläger, einem älteren Arbeiteter aus Buckow, der ihm die Sachen
nahm und auf dem Lande in der Umgegend von Buckow gegen
Konsmirel enttarchte. Der Schläger tonnte festgenommen wei-
ß als er gerade im Begriff stand, mit einem neuen Raubbe-
schlag zu beginnen. Ein Komplize des Einbrechers ist bereits
am gleichen Tage aufgekommen gewesen, ohne daß man die
Zusammengehörigkeit der sauberen Stumpfe kannte.

Schwartau. In der öffentlichen Wählerver-
mehrung am letzten Sonnabend wurde die Wahlliste
sozialdemokratischen Partei zur Schwartauer Gemeinderat,
nicht bekannt gegeben und von der Versammlung einstimmig an-
genommen. Kandidaten und die Genossen F. Retelhehn, P. Lam-
keit, W. Küngel, Th. Wulf, A. Heinen, Frau Aug. Röhler,

die Anwesenden zur regen Agitation zur die obige Lute.
h hier sei nochmals darauf hingewiesen, daß am 6. April keine
mme fehlen darf, denn es ist die Ausicht vorhanden, wenn
r seine Flucht tut, eine sozialdemokratische Mehrheit zu er-
gen. Darum Genossen auf zur Wahl am 6. April.

Mölln. Bei den Stadtvorordnetenwahlen am
en Sonntag wurden abgegeben 1065 Stimmen für die Linie
cke (bürgerliche Wähler), 899 Stimmen für die Linie Wagner
zialdemokratische Wähler) und 111 Stimmen für die Frauen-
partei und 10 bürgerliche und 8 sozialdemokratische Wähler.

Hamburg. Maßnahmen gegen die Hamster-
itten nach Mecklenburg. Die Landesbehörde für Volks-
ährung in Schwerin hat den Hamburger Behörden mitgeteilt,
daß sie alle Bahnhöfe in Mecklenburg mit fälschlich
tzt werden, um ein weiteres Umstöbern der Hamsterbahnen
Mecklenburg zu verhindern. Dadurch, daß in immer größerem
Fance gewölktes Schleichtändler und viele Hamburger
onierte Lebensmittel, insbesondere Kartoffeln, unter Aus-
nahm der Rationierungsvorschriften in Mecklenburg für sich
t entziehen, sei es Mecklenburg nicht mehr möglich, die
chnungen an rationierten Lebensmitteln noch aufzubringen.
urch werde die Gesamtversorgung Hamburgs, die zum allers-

Hamburg. Das erste deutsche Handelsfisch, das Britanien zugewiesen wurde, ist wie aus London gefunkt auf die Reede von Leith eingetroffen. — In achtzig

| Johannisthal bei Berlin startete, landete bereits um 8 Uhr
| 20 Minuten auf dem Flughafen in Flensburg. Der Flug Berlin-
| Hamburg dauerte also nur 80 Minuten.

Hamburg. Der erste amerikanische Lebensmittel damper im Hamburger Hafen. Dienstag ist der erste amerikanische Kraftdamper, der „Weit Carnifag“, hier eingetroffen, der etwa 6000 Tons Mehl und 1500 Tons andere Lebensmittel im Raum hat, die ursprünglich für Danzig bestimmt, auf Anweisung unserer um die Ausbreitung des Bolschewismus sehr besorgten „Freunde“ aber im letzten Augenblick nach Hamburg geleitet worden sind. Ein Heer von Photographen hat sich eingeschlichen, um den denkwürdigen Augenblick auf die Platte zu bannen. — Mord am 17. September 1848 in Hamburg geborene August Christian Ferdinand Holtz, der im Hause Niedernstraße 119 ein Zigarrengeschäft betreibt, ist in seiner Wohnung ermordet aufgefunden worden. Den Nachbarn war es aufgefallen, daß Holtz, ein Junggeselle, sich nicht sehen ließ. Man sah durch ein offen stehendes Fenster in ein hinter dem Verkaufsraum belegtes Zimmer und bemerkte, daß der Benannte auf dem Fußboden lag und mit einer Decke bedeckt war. Die herbeigeholte Polizei drang in den verschlossenen Laden ein und fand fest, daß H. erschossen worden ist. Eine Kugel hatte die linke Schläfe durchbohrt und war in die Wand eingedrungen, wo sie aufzufinden werden konnte. Man vermutet, daß für die Mordtat zwei Personen in Betracht kommen, die H. besucht hatten, denn es wurden drei leergetrunke Kaffeetassen auf dem im Zimmer stehenden Tisch gefunden. Die Tat scheint in der Zeit von Sonnabend abend bis zum Sonntag morgen verübt worden zu sein. Alle im Laden befindlichen Behälter sind durchwühlt, woraus man schließt, daß die Mörder nach Geld oder Geldeewert gesucht haben. Was geraubt worden ist, hat sich noch nicht feststellen lassen.

Mitrov. Ein Eisenbahnunglück, das leider auch ein Opfer forderte, ereignete sich abends gegen 8 Uhr auf dem hiesigen Bahnhofe. Einer von den Umleitungsgüterzügen, die aus dem Osten nach dem Westen durchgeführt werden, entgleiste mit acht Wagen. Der hinter der Lokomotive angekuppelte Packwagen prangte gleichfalls aus den Gleisen, stürzte um und begrub den herausgesprungenen Lokomotivführer Sanchi von hier unter sich; er war sofort tot. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Verkehr auf der Strecke wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Bremen. Ausfahrt von Lebensmittelschiffen aus Bremen. Außer den bereits gestern früh ausgelaufenen Hansa-Tampfern „Sonnenfels“ und „Weißensfels“ haben im Laufe des Montags die folgenden vier Lünefer der selben Gesellschaft Bremen verlassen: „Altenfels“, „Schwarzenfels“, „Taufnfels“ und „Kaisersfels“. Die Ausfahrt vollzog sich ohne Störung. Die Schiffe gehen zunächst nach England.

Heiferes.

Der richtige Esel. Ein Reisender, der sieht, daß sein Koffer noch auf dem Bahnhofsteige steht, während sich der Zug bereits in Bewegung setzt, schreit den Hotelportier an: „Warum haben Sie meinen Koffer nicht ins Abteil getragen, alter Esel!“ „Selber Esel!“ ruft der Portier zurück. „Ihr Koffer hat mehr Verstand als Sie. Sie sitzen nämlich im falschen Zug!“

Neueste Nachrichten.

Drohung mit Zwangsarbeit.

Basel, 26. März. Der in Müllhausen drohende Generalstreik ist nach Mitteilung des „Basler Vorwärts“ dadurch verhindert worden, daß der französisch Regierungsvertreter drohte, die Streikenden verhaften und zur Zwangsarbeit in die zerstörten Gebiete überführen zu lassen. Die Forderungen der Arbeiter wurden nur zum kleinen Teil erfüllt. Der Beschluß der Einführung des Achtstundentages ist durch einen Vertreter der Pariser Regierung wieder aufgehoben worden. Die Mitglieder der Metall- und Holz-Industrie sowie die Straßenbahner verharren noch in der Lohnbewegung. Der Belagerungszustand in Müllhausen bleibt bestehen und die verhafteten Gewerkschaftsführer sind noch nicht aus der Haft entlassen worden.

Das Rätesystem

Weimar, 26. März. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird im Verfassungsausschuss in allernächster Zeit ein Antrag der Reichsregierung gestellt werden, der die Verankerung des Rätesystems in der Verfassung vorsieht. Diese aus den Vertretern der verschiedenen Räte-Organisationen (Arbeiter-Räte, Bauern-Räte, Betriebs-Räte, Beamten- und Angestellten-Räte) zusammengesetzte Zentralinstanz werde mit eigenem Initiativrecht ausgestattet sein und Gesetze selbstständig ausarbeiten und einschränken können.

Kritische Seite in Manuskripten

London, 26. März. Im Unterhaus erklärte Churchill, infolge der Vorgänge in allen Ländern sei eine Armeestärke von 900 000 Mann nicht übertrieben. Erst vor 3 Tagen habe sich in Ägypten eine Lage entwickelt, die eine große Gefahr in sich schließe und die es nötig mache, daß die bereits in den Häfen für die Demobilisierung befindlichen Truppen zurückkehren. Sonst gingen ihre Kameraden der Gefahr der Ermordung in die Hände.

Aufstand in Galizien.
Frankfurt a. M., 26. März. Ein Wiener Funkspruch der russischen Sowjetregierung meldet, daß sich Galizien in voller Revolution befindet. Im Petroleumgebiet Dohobycz habe sie ihren Anfang genommen. Die von der ukrainischen Regierung entsandten Truppen machten mit den Aufständischen gemeinsame Sache. In zahlreichen ukrainischen Gemeinden haben sich lokale Sowjetregierungen gebildet. In Lemberg herricht Generalstreik. Die aufständischen Truppen in der

Fig. 1. - A photograph of the same area as Figure 1, but taken at a later date. The vegetation has been cleared and the ground is bare.

Madrid, 26. März. Reuter meldet: Ueber ganz

Bekanntmachung.

Die Leitens der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle des Landesversorgungsamts ausgegebenen Beurkundungsweise über 4 Eier für Kinder im ersten bis sechsten Lebensjahr können jetzt in den durch Auskunft des Schildes kenntlich gemachten Eier-Ausgabestellen eingeholt werden. (11143)

Lübeck, den 25. März 1919.

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung

befremend den Verkauf von Petroleum.

Die Petroleumhändler haben die entgegengenommenen Kartenblätter, nach Farbe und Nummern getrennt, bis spätestens zum 28. März 1919 bei der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamts, Schmedemannstrasse 25, einzureichen und dabei zu melden, welches Petroleum noch in ihrem Besitz ist. (11185)

Lübeck, den 24. März 1919.

Das Landesversorgungsamt.

Niedrigen Personen welche am Sonnabend einen neuen oder leise Kartoffeln mehr erhalten haben, können auf den ausgestellten Ausweis hin am Mittwoch dem 26. ds. Mts., Kartoffeln beim Kaufmann Franck erhalten. — Ausweise werden am Donnerstag, den 27. ds. Mts., 10 Uhr, an solche Personen ausgetragen welche bei der letzten Kartoffelieferung weder Ausweis noch Kartoffeln erhalten haben. (11147)

Bad Schwartau, den 25. März 1919.

Der Stadtmagistrat.
Ernährungsstelle.
France.

Gutin, den 25. März 1919.

Blauwärzige Händler sind zum Aufkauf von Vieh ohne Erlaubnisstelle des Landesvorstandes in der Provinz Lübeck nicht berechtigt. — Zu vergl. diesbezügliche Bekanntmachung vom 28. September 1918. (11146)

Meyer-Rodenberg.

Bekanntmachung.

Der öffentl. Schlachthof

W in der Zeit vom 1. April bis 30. September d. J. geöffnet von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachm.

Lübeck, den 24. März 1919.

Die Betriebsbehörde
11126) Abt. Schlachthof.

Schuhmacher.

Das Landesversorgungsamt sucht für die Ausbesserung des in der Kleidungsstelle vorhandenen Schuhwerks einen oder zwei Schuhmacher, die die Arbeiten entweder in den Räumen der Kleidungsstelle oder in der eigenen Werkstatt ausführen wollen. Leder steht zur Verfügung. Meldungen in der Kleidungsstelle Weberstraße 1 von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. (11124)

Milchfonctioneur gesucht.

Für Handhabung der Kontrolle der Milchablieferung durch die Viehhüter nicht das Landesversorgungsamt sonst eine geeignete Verwaltung (Weiterverrichtung oder Kontrollamt). Meldungen und an die Abteilung III des Landesversorgungsamts, Breite Straße 6, zu richten. (11124)

1. Für die Chausseebauten Röddingsdorf - Herford und Gorlow - Wanne werden 2 Schuhmacher bezw. 2 Vorarbeiter gesucht. (11144) Meldung Freitag, den 28. März in Röddingsdorf, vormittegs 9 Uhr, in der Gewerbeschafft am Bahnhof. Neukreis, 22. März 1919. Meden, Landbaumeister.

2. Für die Chausseebauten Röddingsdorf - Herford und Gorlow - Wanne werden 2 Vorarbeiter gesucht. (11145) Meldung am Montag, dem 31. März in Röddingsdorf bzw. St. Wanz, Straßenlohn 1 M. Neukreis, 22. März 1919. Meden, Landbaumeister.

Die Verlobung ihrer Kinder beschließen sich anzuseigen Familie Feig. Familie Bartsch Lübeck. (11146)

Als Verlobte empfehlen sich Otti Feig Hans Feig Wedel. (11147) Lübeck

Gezeit zum 1. Mai (11148) ein Mädchen für alle häuslichen Arbeiten. Frau D. Wagner, Holzstraße 8.

ein Mädchen

für alle häuslichen Arbeiten. Frau D. Wagner, Holzstraße 8.

Gezeit zum 1. Mai (11149) ein Mädchen für alle häuslichen Arbeiten. Frau D. Wagner, Holzstraße 8.

Gesucht tüchtige

(11127)

Bootsbauer und Stellmacher.

Schlichtings Werft, Travemünde.

Rebenverdienst!

Egal. Hilfe beim Aufbau der Existenz und dauerndes hohes Einkommen! Keine Verlierung! Kein Verkauf an Bekannte! Keine Schreibarbeiten! Bequem im Hause! Aussichtsreiche Wege! Viele Anfragen. Beleben Sie Profess. Nr. 93 von Adresse: Schlichting 124, Dresden-A. 1. (10932)

Holstenhaus

G. m. b. H.

Lübeck.

Kriegs-Stiefel

mit Lederbesatz
Größe 40 bis 46

5.00 und 7.50

11164

Sozialdem. Verein.

Freitag, den 28. März 1919,

abends 7½ Uhr:

Zuflerordentliche

Mitglieder-Versammlung

i. Saal d. Konzerthauses Fünfhausen.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Senatswahl.

Referent: Genosse F. Mehrlein.

2. Ausstellung der Kandidaten.

3. Die Maifeier.

Referent: Genosse W. Bromme.

Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Zahlreiches Erscheinen erwartet (11167)

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, den 27. März 1919

abends 7½ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1918.

2. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1918.

3. Wahl von Bezirkskassierern.

4. Innere Verbandsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Hansa-Halle. Gr. Tanzfränzchen.

Morgen Donnerstag: (11158)

Gewerkschaftshaus, 28. März, abends 7½ Uhr

Der Arbeiterdichter!

(11159)

Friedrich-Franz-Halle.

Jeden Sonnabend und Sonntag: (11153)

Tanz.

Jeden Donnerstag:

Adlershorst. Tanz.

Dr. Siering

bis 30. März (11159)

verreist.

Für Herbergen

Fremden - Meldezettel

in Block.

Friedr. Meyer & Co.

Ia. Pech

empfiehlt
C. Grimm Nach'l.
Leder- u. Schäftehandlung

11129

Der verbrecherisch

schwende

im deutschen Weltbuch.

Dem deutschen Reichstag am

1. Juli 1919 vorgelesen vom

Hauptmann von Seerleide.

- 60 Pf.

Buchhdt Friedr. Meyer & Co.

11140

Kautaback

m oder vorräti. (11141)

Rolle 1.10 u. 1.20 Mar

Hüxstr. 26.

11142

Sabberab geföhnen

Schwart. Allee 2a, am 25. Mär

1919, nachm. zwischen 4 und

1 Uhr, Markt-Siever-Greif, vor

und hinten Polizei-Nr. 782

Da das Rad angehlossen, mi

es der Lieb getragen habe

Angaben, die zur Ermittl. de

Dieses führen, belohne ich m

50 Mark.

Dr. Schuhr.

11143

Restaurant Schlesierheim

Schmiedestrasse 3

C. Lachmann z. Gemüthlicher

Aufenthalt i. Skatspieler. (11122)

11144

Deutscher

Eisenbahner-Verband

Ortsgruppe Lübeck.

11145

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, dem 29. Mär

abende 7½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus

Johannisstraße 50-52.

Tageordnung:

1. Kartellbericht.

2. Wahl eines Delegierten zu

Generalversammlung.

3. Anträge zur Generalversammlung.

(11146)

4. Gemeinschaftliches

11147

Gesellschaft (11116)

Lübecker Theatervriende

Morgen 7½ Uhr:

Kolosseum

Die Erbtante.

Schwank in 8 Akten v. Albert

Gerichtsvollzieher Krause

Direktor Ernst Alberta G.

Karten zu 8-, 2- u. 1.-M.

bei Ernst Robert, Breitestr. 19.

Der Ueberschuss ist für den

Gefangenenenschutz bestimmt

11148

11149

Prima-Wechsel

in Block.

Friedr. Meyer & Co.

Buchhandlung.

11150

Egira nach Vend-

Blockwagen

3-8 Rentner Tragkraft.

Karl Schulmerich

11

Versammlung der Süder Bürgerlichkeit.

b. Süder. 25. März.

Wortführer P. Löwitz.

Beginn 6 Uhr.
Gemeinde ist eine Einheit der Gastronomie gebildet, die im südlichen politischen Arbeitsnachweis eine Fachabteilung für das Gastronomiegewerbe fordert.

Die Senatsvorlage über die Änderung der Verfassung wird in zweiter Lesung angenommen.

In der Beratung des Haushaltspolans wird fortgefahren.

Senator Evers erklärt, daß die Vorwürfe seitens des Präfekturkommittes Hakenstein gegen den Vorsitzenden in Travemünde unbegründet seien.

R. Reimpell (Dem.) hebt beim Titel Schulen hervor, daß auch seine Partei Anhängerin der Einheitschule sei. Der jüdische Zustand könne nicht mehr allzu lange bestehen bleiben, solle nicht unabsehbare Schaden für die Kinder entstehen. Für gute Erziehung müsse eine Höherentwicklung gewählt werden. Die Lehrerschaft erstrebe die Einheitschule. Schon aus volkswirtschaftlichen Gründen müsse die Einheitschule kommen, um die allgemeine Volksbildung zu heben. Eine Eigentumsbildung dürfe nicht Grundgedanke sein, sondern die Schaffung eines tüchtigen Arbeiterschaffens. Die Räume der Volksgemeinschaft müßten durch möglichst gleichmäßige Bildung überbrückt werden. Redner stellt das Ergebnis an den Senat, an den Mittels und höheren Schulen von Ostern 1919 ab die Vorschulklassen aufzuhören.

Frau Dr. Hartmann (Dem.) wünscht Beseitigung der Zusammenlegung zweier Schulen in einem Gebäude. Das liegt im Interesse der Kinder und Eltern. Die Kohlenverbrauchsweise man vielleicht bei Veranlassung lokalen einbringen. Jetzt werde das was in der Schule erspart werde, im Hause mehr gebraucht.

Blauthäfer (Soz.) nimmt in der Frage der Einheitschule Reimann bei, der aber nicht darauf hingewiesen habe, daß auch für einen Abstieg der Minderbegabten gefordert wird. Die Privatschulen dürfen durch das Neue nicht geöffnet werden. Redner empfiehlt die Gabelung der Klassen an den Mittelschulen, wobei der eine Zug für Handelszwecke mit Fremdpflichten, vor andere für gewerbliche Zwecke mit Naturwissenschaft, Mathematik und Zeichnen eingerichtet werde. Werner fordert er Freigabe der Turnhallen für alle Turnvereine und anständiges Gehalt für die Hilfslehrer, die heute noch 100 Mk. Gehalt und 50 Mark Tenerungszulage erhalten. (Burkhardt: Hört, hört!)

Senator Külenkamp erklärt die Gabelung der Mittelschulen für Ostern als undurchführbar. Die Turnhallen würden allen Vereinen zur Verfügung gestellt. Für die Ausbildung der Hilfslehrerachäler werde gesorgt. Das Gehalt soll 1/3 des Gehaltes festgehaltener Lehrer betragen.

Kanitz (Deutsch.) will die Frage der Einheitschule vorsichtig aufgefaßt wissen. Sie benehme die Gemüter wie die Sovjetierungsfrae. Die Einheitschule sei eine Frage der Eltern, die gehört werden müssen. Die Privatschulen dürfe man schon deswegen nicht hintanzagen, weil sie vielleicht gerade die religiöse Frage pflegen würden.

Karl Müller (Deutsch.) reagt die Schulpflege an, um durch vorbeugende Maßnahmen schwere Schädigungen der Kinder zu verhindern. Die Anstellung einer Schulpflegerin sei notwendig, um die Verantwortlichkeit der Eltern zu befreien. In den verschiedensten Städten habe man mit der Schulpflegerin sehr gute Erfolge aufzuweisen. Redner stellt den Antrag, die Anstellung einer Pflegerin in Erwägung zu ziehen.

Vom Senatsstisch wird erwähnt, daß diese Frage bereits erwogen werde.

Dr. Wittern (Deutsch.) wendet sich gegen die Beseitigung der privaten Schulen. Ganz besonders erläutert sich der Redner gegen die besondere Berücksichtigung der Minderbegabten. Die Aufhebung der Schulzusammenlegung müsse auf alle Fälle erfolgen, weil jetzt in der Familie weit mehr an Kohlen verbraucht werde, als die Schule erwartet könne.

Senator Külenkamp erklärt, die Zusammenlegung der Schulen sei auf Veranlassung des altmächtigen Kohlenkommissars erfolgt. Ersparungen habe man doch in erheblichem Maße gemacht.

R. B. Reimpell (Dem.) verteidigt seine Ansicht wiederholte und betont, daß die Einheitschule keine Zwangsschule sei, die die Privatschule besiegen wolle. Eine einseitige partizipante Schülererziehung wolle er nicht.

Timmermann (Soz.) fordert mehr Entgegenkommen für Lehrer, die den Krieg mitgemacht haben.

Vom Senatsstisch wird eine zufriedende Antwort erteilt.

Frau Daechstat (Soz.) unterstreicht den Antrag von Karl Müller.

Blauthäfer (Soz.) akzeptiert, doch steht hinter dem vorgetragenen Freiheit von Dr. Wittern der alte Klasseinheit verbergen (Burkhardt: Sehr richtig!). Man mößte die Kinder in den Staatschule lassen, doch sollte fordern, daß die Beibehaltung der Privatschulen. Eine Folge der allgemeinen Schulpolitik sei die Einheitschule. Für die militärische Ausbildung habe man auch keine private Einrichtung. Zu was die Standeschulen führen, habe man ja an den Personen gesehen, die uns in das Kriegsschiff geführt hätten. Der Staat erkenne schriens, die in Privatschulen erworbenen Bildung nicht als gleichberechtigt an.

Reimann (Soz.) erläutert, seine Partei kommt es darum an, daß mit dem alten Zustande aufgehört werde, bei dem nur Besitzer zu den höchsten Stellen gelangen können. Auch den Kindern der Armen müsse dieser Weg aufgeht werden, um alle im Volke schlummernde Talente zu wecken. Das sei nur durch unentbehrliche Förderung der Peripherie möglich. Der Umsturz und die neue Zeit erfordern neue Bildungsmöglichkeiten.

R. Reimpell (Dtsch.) wendet sich gegen das Risiko-Haftungsverhältnis im staatlichen Kohlenverbrauch. In der Heilanstalt Strelitz entsteht auf den einzelnen Kranken im Jahre 500–600 Mark Kohlenverbrauch. Da müsse man sich fragen, ob die Einsparnis in den Schulen angebracht sei.

Dr. Wittern (Dtsch.) polemisiert im einzelnen gegen Blauthäfer. Wenn man kein Zwangsmittel für die Einheitschule anwende, dann lasse sich darüber reden.

Die Anträge von Karl Müller und Frau Hartmann wurden angenommen, ebenso ein Antrag Hoff auf Unentbehrlichkeit der Volksschule.

Knappe (Soz.) bringt eine Beschwerde gegen das Krankenhaus vor. Es sei für Schwerkranken, die nichts eingefressen werden, kein Raum vorhanden, der unbedingt nötig sei.

Damit ist die Beratung des Haushaltspolans erledigt. Es wird mit den beschlossenen Änderungen angenommen.

Beim Voranschlag der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten fordert

Frau Daechstat (Soz.) für die Waisenkindermädchen geschmacklose Kleidung, damit sie nicht schon von weitem als Waisenkunstschülerin erkannt werden können. Das Kurzscheren der Haare müsse fortlassen, wie es auch anderwärts der Fall sei. Zum mindesten dürfen die Haare in den letzten Jahren nicht mehr beschoren werden. Beim "Kinder" der Begabten darf man die Waisenkinder nicht verschaffen. Auch sie könnten eine andere Schule besuchen, falls sie sich dazu entscheiden. Werner ruft die Rednerin die Bewilligung des Waisenwohnheimes bei der Anstellung als Lehrer am Waisenhaus an. Es sei sich mehrere andere angeboten hätten. Das sei um so mehr erstaunlicher, als die Tochter des Waisenvaters bereits als Lehrerin dort tätig sei. Diese Waisenwirtschaft müsse aufhören zu sein.

Vom Senatsstisch wird erläutert, die Anstellung im Waisenhaus geschieht durch die Vorleserichtung des Waisenhauses, die sicher wohlerwogen habe, wer ansatzlich werden soll.

Frau Dr. Hartmann (Dem.) verteidigt die Kleidung der Waisenkinder als historische Tradition. In den Internaten habe man allgemein eine eigene Kleidung.

Möhr (Dem.) unterstützt das von Frau Daechstat Vorgebrachte. Man soll die alte barbarische Haarabschneide ab schaffen. Dr. Wittern (Deutsch.) steht in der Waisenkinder-akademie künstlerisches Kulturstile und ist damit einverstanden, den Begabten des Waisenhauses zum Nutzen zu verhelfen.

Frau Daechstat (Soz.) verbreitert ihre Forderung, die eine solche der breuen Massen sei. Diese scheine in der Kleidung nicht das Künstlerische sondern das Ausfüllung. Wenn die Besitzenden ihre Kinder in die Erziehungsanstalt bringen müßten, dann wären sie jedenfalls anderer Ansicht. Am übrigen erkennt Rednerin die gute Aufhebung der Kinder im Waisenhaus an.

Haut (Soz.) wendet sich gegen die Kürzung der Zulagen bei Altersinternen im Heiligengeisthospitium.

Die Senatsvorlage wird angenommen.

2. Antrag: Erhöhung des Staatszuschusses für das Waisenhaus für das Rechnungsjahr 1918.

Wird genehmigt.

3. Antrag: Regulierung des Landgrabens bei Nöhlhof.

Wird nach Befürwortung von Henk (Deutsch.) angenommen.

4. Antrag: Verstärkung der Mittel für soziale Kosten der Steuerbehörde und des Erbbaus.

Entsprechend.

— „Hörst du mich nicht? Ich sag, du hältst versaußen können.“

„Nein,“ erwiderte nach einer Weile der Alte und sah ihm wie abwändig ins Gesicht, — „diesmal noch nicht.“

„Aber,“ sagte Haufe wieder; „unsre Deiche sind nichts wert!“

„Die Deiche, sag ich?“

„Was sind die Deiche?“

„Sie taugen nichts, Vater!“ erwiderte Haufe.

Der Alte lachte ihm ins Gesicht. „Was denn, Junge. Du bist wohl das Wunderkind aus Lübeck!“

Aber der Junge ließ sich nicht irren. „Die Wassersseite ist zu steil,“ sagte er; „wenn es einmal kommt, wie es mehr als einmal schon gekommen ist, so können wir hier auch hinterm Deich ertrunken!“

Der Alte holte seinen Kautabak aus der Tasche, droste einen Schrot ab und schob ihn hinter die Zunge. „Und wieviel Kärrast du heute geschehen?“ fragte er ärgerlich; denn er jah wo'l doch auch die Deicharbeit bei dem Jungen die Deicharbeit nicht hatte vertreiben können.

„Weiß nicht, Vater,“ sagte dieser; „so, was die andren machen; vielleicht ein halbes Dutzend mehr; aber — die Deiche müssen anders werden!“

„Nun,“ meinte der Alte und stieß ein Lachen aus; „du kannst es ja vielleicht zum Deichgraben bringen; dann mach sie anders!“

„Ja, Vater!“ erwiderte der Junge.

Der Alte sah ihn an und schaute ein paarmal; dann ging er aus der Tür; er wußte nicht, was er dem Jungen antworten sollte.

Auch als zu Ende Oktober die Deicharbeit vorbei war, blieb der Gang nordwärts nach dem Hof Linaus für Harke Haken die beste Unterhaltung; den Aller-eigentag, um den Herum die Regulierstaatsstürme zu tösen pflegten, von dem wir sagen, daß Friesland ihn wohl beflogen mag, erwartete er, wie heut die Kinder das Christfest. Stand eine Springstut bevor, so konnte man sicher sein, er lag trock Sturm und Wetter draußen am Deichmutterseelen allein; und wenn die Möwen gackerten, wenn die Wasser gegen den Deich tödten und beim Zurückrollen ganze Felsen von der Grasdecke mit ins Meer hingebissen, dann hörte man Hauses zorniges Lachen hören können. „Sie könnten nichts Rechtes schreien er in den Raum hinaus, sowie die Menschen auch nichts können!“ Und endlich, oft im Finstern, trabte er aus der weiten Höhe den Deich entlang, nach Hause, bis seine aufgedehnte Gestalt die niedrige Tür unter seines Vaters Rohrdach erreicht hatte und darunter durch in das kleine Zimmer schlüpfte.

Fortsetzung folgt.

Wird genehmigt.

5. Antrag: Valstechen durch Travemünder Einwohner.

Dr. Wittern (Deutsch) stellt einen Antrag, das Valstechen im Südersee Wiek nur vom Eis aus zu gestatten. Der Alte brüte dort und holte seinen Winterschlaf. Bei der Erlaubnis zum Stechen zu anderen Zeiten würde der Alvestrand gefährdet.

Hagelstein (Soz.) behauptet, die Fischer in Travemünde seien der Meinung, daß man das Valstechen sehr wohl erlauben könnte. Auch in der Tropeninsel Punt und der Provinz vom Südersee abwärts müsse man das Valstechen erlauben und war für alle, die bis 3000 Mk. verdienten. Nur den Schlüper-Schiffen müsse das Naturschutzrecht verboten werden. Werner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Senator Dr. Ulenau erklärt, der die Ansicht der Fischer Dr. Wittern zweite. Mit der Festlegung der Einwohnergrenze müsse man vorsichtiger sein.

Niemann (Dem.) stimmt Dr. Witters Antrag zu. Am besten wäre, wenn das Valstechen ganz aufgehoben werden könnte, ein Vorteil für die Fischer sei es nicht.

Dr. Götz (Dem.) stellt den Antrag auf Kommissionsberatung.

Haut (Soz.) stimmt dem zu. Das Valstechen liege im Interesse der Allgemeinheit.

Der Antrag und die Zusatzanträge werden einer Kommission überwiesen.

6. Antrag: Gründung einer Wohnungsfürsorgestelle.

7. Antrag: Erhöhung der Schlachthofgebühren.

Werden angenommen.

Die Einnahme der Gastwirtschaften wird von Hoff (Soz.), der sie zu seinem Anteil erhoben hat, beansprucht. Er weiß darauf hin, daß sich der Vorsteher des Arbeitsamtes vergleichsweise bemüht habe, den Arbeitsnachweis im Gastwirtschaftsverband an den südlichen anzugeben. Die Gehilfen seien für den Aufschluß bereit, das Hindernis liege an den Arbeitgebern, die diesen Arbeitsnachweis leisten. Eine Arbeiterversammlung habe mit großer Mehrheit beschlossen, ein Erleben um Angliederung an die Behörde zu richten. Damit würde eine einheitliche Organisation geschaffen. Redner ersucht um Annahme des Antrages und damit um Überweisung an den Bürgerausschuss.

Der Antrag wird angenommen.

Schluß 18 Uhr.

Die Preise landwirtschaftlichen Erzeugnisses der Ernte 1919.

Uns geht folgendes amtliche Schriftstück zu:

Angesichts der zurzeit noch gänzlich ungeklärten wirtschaftlichen Verhältnisse können endgültige Höchstpreise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der kommenden Ernte erst zu einem späteren Zeitpunkt festgesetzt werden.

Hierbei wird, wie der Reichsnährungsminister bereits angekündigt hat, der Versuch gemacht werden, gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse, für welche eine Bewirtschaftung entweder nicht mehr erforderlich oder technisch nur unvollkommen und mit großen Härteln durchführbar ist, von der Bindung an Höchstpreise ganz oder von einer bestimmten Wirtschaftsgruppe ab freizustellen. Für die wichtigsten Waren unserer Ernährungswirtschaft wird jedoch auch im laufenden Jahr noch bei amtlicher Bewirtschaftung und Festlegung von Höchstpreisen verbleiben müssen.

Bezüglich dieser Preise fordern die Verbraucher erhebliche Herabsetzungen, die Erzeuger jedoch beträchtliche Erhöhungen. Die letzteren werden mit den ständig zunehmenden Wirtschaftskosten, dem Mangel an Arbeitskräften, Verbrauchsmitteln und zu mal an Düngemitteln begründet. In der Tat ist durch die Streiks die Erdstoffgewinnung für Düngemittel in den wichtigsten Monaten sehr verringert worden, so daß ein erheblicher Rückgang der Ernteerträge droht.

Mit Rücksicht hierauf erscheint eine Herabsetzung der Preise für Getreide und Kartoffeln als ausgeschlossen.

Der Anbau der Süderrüben, welcher überdies noch besonders viel Arbeitskräfte erfordert, ist in der Kriegszeit wegen Arbeits- und Düngemittelmangels sehr zurückgegangen, und für das nächste Wirtschaftsjahr droht ein weiterer starker Rückgang wegen der schwierigen Lohnherstellungs- und wegen der im legenden Zahl von manchen Bauern erlebten schweren Verluste durch Herderb und nicht rechtzeitige Verarbeitung. Deshalb hat sich die Regierung entschlossen, den Mindestpreis für Süderrüben des nächsten Ernte auf 4 Mark für je 50 Kilogramm festzusetzen.

Einzelne Rübensorten, deren Preis sich als allzu hoch ersiezen hat, werden den Preisen der übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse enger angepaßt werden.

In jedem Falle können die Erzeuger damit rechnen, daß ihnen für die noch mit Höchstpreisen beladenen Produkte solche Erlöse zugeschlagen werden, welche erforderlich sind, um die mit den begrenzten Produktionsmitteln überhaupt mögliche Höchstleistung der Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Darüber hinauszugehen verbietet jedoch die Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Verbraucher.

Nach einem Abbau der Preise steht das Ganze gerade nicht aus.

Moskauer Preise.

Der Nummer 66 der Moskauer Zeitung „Unsere Wera“ vom 25. Februar d. J. entnehmen wir die Angaben über Lebensmittelpreise in Moskau. Dieses Blatt ist ein volkswirtschaftliches und daher kann von einer „bürgerlichen“ antikommunistischen Überlieferung nicht die Rede sein. Dadurch können wir uns ein vollkommen objektives Bild über die Zustände in Moskau bilden.

Die Preise auf dem Scharawow-Markt sind folgende:

(1 russ. Pfund = 400 Gramm.)

Brot 15–18 Rubel das Pfund; Zucker in Stücken 12–13 Rubel das Gramm; Honig 75 Rubel das Pfund; Butter 100–110 Rubel das Pfund; Margarine 6 Rubel das Pfund; Eier 20–25 Rubel das Pfund; Tee 20 Rubel das Pfund; Kaffee 70 Rubel das Pfund; Schmalz 70 Rubel das Pfund; Hühner 30–40 Rubel das Pfund; Gänse 40–45 Rubel das Pfund; Pferdefleisch 15–18 Rubel das Pfund; Milch 9 Rubel die Flasche; Laue Sahne 25 Rubel das Pfund; Heringe 22 Rubel das Pfund; Kartoffeln 6 Rubel das Pfund; Zwiebel 6 Rubel das Pfund; Öl 25 Rubel das Pfund; Fisch 20–25 Rubel das Pfund; getrocknete Pilze 100–110 Rubel das Pfund; Hefe 32 Rubel das Pfund; Tschirke 12–15 Rubel das Pfund; Milch 9 Rubel das Pfund; Glas;

Guten, seid eingehend Eures Beweis!

Bon Louise Schröder, Mitglied der National-Versammlung.

Noch zittert das Entzücken über die furchtbaren Berliner Vorfälle in unsern Herzen nach, kaum ist ein wenig Ruhe im Reiche eingetreten, und schon wieder klingen Gerüchte über neue geplante Aussstände an unserer Ohr. Soll Deutschland nie zur Ruhe kommen? Soll das arme gequälte Volk, das in mehr denn vierjährigem Kriege soviel gelitten hat, wie je ein Volk zuvor, nie wieder seines Lebens froh werden? Das kann und darf nicht sein. Dranzen beginnt der Frühling sein Werk der Auferstehung. Wie wird uns das Herz so weit, wenn wir den grünen Schimmer auf den Stränden liegen sehen, wenn wir das kleine Schneeglöckchen oder die anderen Boten des Frühlings beobachten, wie sie sich emporarbeiten an das Licht der Sonne. Da drängt sich uns übermächtig die Hoffnung auf, daß auch für uns Deutsche einmal der Tag der Auferstehung aus Not und Elend kommen wird! Das es aber so sei, dazu muß die Frau beitragen.

Der Mann hat entweder vier lange Jahre unter den menschenunwürdigsten Umständen im Schützengraben gelegen, oder er hat hinter der Front die Mittel schaffen müssen, die die Kriegsführer ermöglichten. Fürchterlicher Raubbau ist mit seinem Körper, mit leiner Arbeitskraft getrieben worden. Seine ganze Hoffnung hat während all dieser Jahre dem Kriegsende gegolten, das ihm ein besseres Leben, das ihm neue Freuden erschließen sollte. Untun ist dieses Ende so ganz anders gekommen, als er es sich erträumt hat. Deutschland ist, wie militärisch, so auch wirtschaftlich zusammengebrochen, und was es dem Arbeiter bieten kann, ist weit entfernt von dem, was er sich erhofft hat. Da ist es verständlich, wenn Unruh und Arbeitsunlust den Mann packen, wenn er die Arbeit verläßt. Wer Saat der Frau, die in Zeiten wirtschaftlichen Anstiegs so manchesmal die Leiden eines Streifenden mit ihrem Manne getragen hat, weil sie wußte, daß er der Familie zu günstigeren Lebensbedingungen vorstellen sollte und würde, ist es, nur dem Manne überzumachen, daß er in dieser Zeit wirtschaftlichen Niederganges die Lage seiner Familie durch die Arbeitseinsichtung nur noch schwieriger macht. Unter Wirtschaftsschleben ist einem freiencede zu vergleichen, dessen Speisen miteinander greifen. Füllt eine aus, so steht das ganze Rad still. Werden keine Kohlen gefördert, fahren die Eisenbahnen nicht. Es können die wenigen Lebensmittel, die wir noch haben, nicht in die Städte kommen. Stehen infolge Kohlemangels die Düngemittelfabriken still, oder melden sie nicht die nötigen Arbeitskräfte für das Land, so kann im Frühjahr der Boden nicht richtig bestellt werden, und die Zeit der Lebensmittelnot wird auch mit der kommenden Ernte noch kein Ende haben. Werden dagegen Kohlen und sonstige Bedarfsartikel, nach denen die Entente verlangt, in genügenden Mengen produziert, so können wir fiergegen Lebensmittel einkaufen und unsere Ernährung wird gehoben. Und wer hätte ein größeres Recht hierauf, als die Frau, die täglich mit immer größerer Sorge die Unterernährung ihrer Lieben beobachtet, die so manchesmal blutenden Herzens ihrem Kinde das Süßchen Brot verweigern muß, um das es sie bittet?

Wir wollen aus nicht pharisäisch. Gott danken, daß wir tätig sind wie jene, wenn wir die Blutlatten der Spartakisten erschlagen. Letztere lernen wollen wir's! Wir nehmen ohne weiteres an, daß die politischen Führer der Bewegung diese Tiere nicht wollen. So kriegerisch es ist, daß Menschen und das Deutsche einander in dieser Weise bekämpfen; auch hier im letzten Endes der Krieg die Urache. Es ist nicht nur so verwunderlich, daß für die Männer, die druchen im Felde in jeder Stunde ihres Lebens erwarteten, die über Berge von Toten hinwegschreiten mußten, der Tod eines Mitmenschen seine Schreie erdröhrt hat. Und wer wollte den Stab brechen über die jungen Menschen, die noch ungefeigten Charakters, als halbe Kinder hingerichtet sind in das Grauen des Krieges! Aber, was wir jetzt erleben, das ist das Ende. Nicht der Feind von außen, und wenn es uns noch in heile Lebendungen auferlegt wird uns zerstören, sondern der Feind im Innern, der nicht halt macht vor des andern Gut, der vor allem nicht halt macht vor des andern Leben. Da muß die Frau sich auf den für den der Natur gesetzten Ruf befreien. Sie ist es, die das Leben gibt, die unter unzähligen Mühen und Entstreuungen die junge Menschentümme besorgt, sie muß es auch sein, die das Leben hält. Sie muß auf ihren Mann einwirken, muß führen, die Männer, die den Sieg seiner Sorie, seinem Charakter gefügten hat zu hellen. Vor allem aber kann nur sie es sein, die mit weiblicher Hand das frische Gemüt des Sohnes hält. Denn nichts ist dem Menschen heiliger als die Mutter. Wenn wir jetzt in Berlin gefangen haben, wie Mütter ihre Kinder zum politischen Kampfmittel heranzuführen, wie sie in höchster Eßtage der aufkeimenden Leidenschaft ihre Kinder in die Reihen der Soldaten hineingetrieben haben, kann ist das das Erfülltunste, was diese Zeit hervorgerufen hat. Die durchschollene Kehle des Kindes ist eine Waffe gegen jene, die den Krieg und damit den ganzen moralischen Niedergang des Volkes verhuldet haben, wie wir sie uns fürchterlich nicht denken können.

Aber diese Frauen ihr Zusammensetzen, müssen Ausnahmen sein, sollen wir nicht den Glauben an die Menschheit verlieren. Die übrigen jedoch müssen ja auf sich selbst bestehen, müssen ja bezeugen der Kraft der Liebe und der Vergebung, die die Natur in sie gelegt hat. Nun ja das, es wird auch diese Zeit des Leidens verübertreten und das Morgen einer schöneren Zukunft wird uns leichter.

„Sie nehmen, sie nemmen!“

In der „Kaffeehaus“ läßt der Baron Möbel, wie das deutsche Offizierskorps infolge der „Revolution“, wie der Generaldruck lautet, immer wieder in den Raum spazieren im Sessel und die Offiziere aus östlicher Generalitätssliebe ins Feld gejagt. Der Baron, der es jedoch aus der Heimat bis zur Steppe und von da bis in die Schutzzonen der Frontlinie durchschreite, war gewiß nicht die letzte Urheber der Korruption im Offizierskorps. Wer das Leder brauen gelezen hat, weiß ein Stich zu bringen. Diese Ratschläge zu wollen, geben wir einiges Tressende aus dem Krieg der „Weißblume“ wieder.

In Riga war ein Recruitensoffizier, der brach die feiernden Begegnungen auf und nahm die Koffer weg; es blieb überblieben, ob das gefeierte Deutsche über Rügen, europäische Generalitätssieger waren, er brach auf und nahm weg. Er lebte bewohnte eine kriechend eingerichtete Wohnung in Riga. Die recruierten Sessel wurden aus Riga fortgeschafft, die deutschen Familien kehrten wieder zurück.

Zu Riga waren auch in der ersten Zeit, besonders in Sommer und Herbst, durch Säume der politischen Polizei, unzählige gefangen. Einige der Säume zeigte mit einer großen Zahl von solcherart Lebendigen ab, auch die Koffer waren, wie der General lautet, gekauft.

Solche Säume kam mit dem Salzen dem Haushalt die Belastung. Er wurde ja an mich und an meine Tochter übertragen: „Sie lassen Sie die Wölfe wieder! Und schließlich es ist Krieg! Denken Sie, wie die Familien handeln werden, wenn sie in einem feindlichen Lande leben?“ „Ja,“ antwortete mir der Mann, die Kummer! Das hätten Sie nicht sagen! Sie sind keine Familien, Sie sind das Deutsche!“

Was hier die überall so bestimmt, war der einzige Ranglos. Der deutsche Offizier — und es bestand, daß er ja an den nachgeordneten Säumen saß — trug obige Bezeichnung, allerdings nur im großen Stil. Es ging mit „Säumen“ noch besser, und es kam mit „Säumen“ nicht gut. Der gemeinsame Mann, der gehörte Dienst jenes Herrn, hatte einen so erbärmlichen Zustand, wenn er nur gefragt hätte: „Na-

geworden wurde man durch die große Feste der Reinheit, die der deutsche Nachrichtendienst bei den Engländern garn „cant“ nannte: läßt herausfordernd, unliebenswürdig, pochend auf Reinheit — und dann doch korrumptiert. Als die Russen aus Warschau abgetreten waren, schwieb ein kleiner jüdischer Aposteler in tausend Tengsten. Er verließ seine Familie, als die Deutschen kamen, um Führung zu nehmen. Und kam nach einer halben Stunde wieder. Und rief: „Sie nemmen! Sie nemmen!“ Sie haben überall genommen. —

Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde das Reichsgericht als Schiedsgericht angerufen. Die erneuten Verhandlungen haben nun dahin geführt, daß das bestehende Protokoll mit entsprechenden Verhältnissen bis zum 31. August verlängert wurde. Damit ist der Friede in der Binnenschiffahrt bis auf weiteres gesichert.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Neub einer Kriegsklasse mit fast einer halben Million Mark stand im Mittelpunkt einer Verhandlung vor dem Dreidener Kriegsgericht. Angeklagt war der Gefreite vom ersten Bataillon des 182. Infanterieregiments, Paul Gierth aus Königstein. Er stand zuerst mit seinem Regiment in Melitopol in der Ukraine. Am 1. Dezember v. J. kam der Befehl zum Rückzug. Der Zugwagen mit der Bataillonsklasse stand in der Nacht vor dem Marsch unbehelligt in einem Hof. Gierth verschaffte sich heimlich Zutritt, lud die fast einen Zentner schwere Kasse ab und brachte sie nach einem benachbarten Garten. Dort sprengte er sie mit einer Art und verstaute das Geld, 405 456 Mark in einem Kasten. Bis er die leere Kasse in dem Garten vergraben wollte, kam ein Russe Linzu, dem er 3000 Mark Schweißgeld gab. Seine Freude vertrieb er in einem Heuboden. Das Urteil lautete auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Des Verfahrens wegen die Offiziere wegen der ungenügenden Beaufsichtigung der Kasse ist aus Anlaß der Amnestie eingestellt worden.

Aus Nah und Fern.

„Im freien Spiel der Kräfte.“ Die „Chemnitzer Volkszeitung“ bringt in einem Aufsatz über Sozialisierung die folgende Anrede: „Das regulierende Prinzip der kapitalistischen Gesellschaft war ja der freie Wettbewerb, der Kampf aller gegen alle und das Überleben des stärkeren, der die Verschwendungen, die mit dem Konkurrenzkampf verbunden war, am längsten aushalten konnte. Nicht derjenige Kaiserapparat behielt die Oberhand, der der beste war, sondern derjenige, für den in Form von Plakaten und Annoncen, von Lichtbildern, Projektilen und augenfälligen Packungen am meisten und am nachhaltigsten Reklame gemacht wurde. Von dem verstorbene Kommerzrat Lingner wird eine helle Geschichte erzählt, die vielleicht nicht wahr, aber sehr lehrreich ist. Er führte einen Betrieb durch seine Odfabrik und zeigte ihm ein großes Gebäude: „Da machen wir die Klasse“, und ebenso zeigte er große Fabrikgebäude für den Druck von Plakaten, für die Herstellung der Ballons, für die Fabrikation der Reklameäder usw. Schließlich sah der Besucher auch neben diesen monumentalen Industriegebäuden ein kleines, beseitigtes, einstöckiges Häuschen und fragte, wožu das diene. Darauf Lingner mit einer leichten Handbewegung: „Da? da machen wir das Odol.“

Raubmord in Münzen. Ein Corpsebold wurde an dem Juwelier Reinhold Mayer und seinem Gehilfen Peter von zwei Kunden im Laden aufgehalten, die es amorph auf einen Raubabschluß hatten, jedoch bei der Aufführung des Verbrechens verdeckt worden sind. Die Täter flüchteten und konnten bis jetzt nicht ergreift werden.

Die norwegische Handelsflotte hat während des Krieges 673 Tonne und 198 Segeltonnage mit einer Gesamtonnage von 1/4 Millionen Tonnen reisen, wobei 105 Schiffe ertrunken und 32 Ausfahrtungen kam es nach bürgerlichen Blättern am Montag in Witten a. d. Ruhr. Vor dem Gebäude der „Wittener Volkszeitung“ kam es wegen eines im Blatte erscheinenden Artikels zu Kundgebungen von Arbeitern aus Witten und Annen, wobei ein Polizeibeamter durch eine aus der Menge geworfene Handgranate tödlich verletzt wurde. Es entstand daran ein allgemeines Handgemenge. Zahlreiche Personen wurden durch Schüsse und Handgranaten getötet und verwundet. Nähere Mitteilungen aus zuverlässiger Quelle fehlen noch.

Wie weiter berichtet wird, soll die „Volkszeitung“ einen unwaren Brief gebracht haben. Man hatte eine Verrichtung aufzugeben, die auch erschienen war. Damit hatten sich aber die betroffenen Teile nicht aufzudenken, sondern den Namen des Geschäftsmannes verlangt, dessen Benennung von der Redaktion wiederholt abgelehnt wurde. Während der Verhandlungen mit der Redaktion wurde plötzlich aus der Menge ein Schuß abgegeben, der das Signal zu dem blutigen Zusammenstoß war. Es wurden Handgranaten geworfen. Die Erregung in der Stadt ist aufs höchste gestiegen. Im Laufe des Tages sind die Arbeiter der meistens Fabriken in den Ausland getrieben.

Flugexpedition nach dem Nordpol. Unter Führung von Salisburn Jones beabsichtigt die Northern Exploration Company von Spitzbergen aus bereits im April ds. J. eine Flugexpedition nach dem Nordpol abzugehen zu lassen. Der Ausgangsflughafen wird bereits in Lam Sund errichtet. Die Leitung der Expedition selbst liegt in Händen des Kapitäns Wild, eines der Teilnehmer der Südpolsexpedition von Shackleton. Die Errichtung des Nordpols liegt bei geeigneter Organisation und entsprechender Auswählung der Flugzeuge durchaus im Bereich der Möglichkeit. Die Entfernung des Nordpols von Lam Sund beträgt etwa 850 engl. Meilen und wäre also in ungefähr zehn Stunden zu bewältigen.

Die Gleiwitzer Katastrophe. Wie der „Oberschlesische Wanderer“ meldet, beläuft sich die Zahl der bei dem Bühnenbrand im Stadtteil um gekommenen Kinder auf rund 70, die Zahl der Verletzten auf etwa 20.

14 Opfer eines Bootsunfalls. In La Vallois Perret, einer Vorstadt von Paris, wurde eine mit Fabrikarbeiten belegte Fähre von einem Schleppkahn angefahren. Der Unfall war so gewaltig, daß die Fähre in der Mitte durchtrennt und alle Insassen in das Wasser geschleudert wurden. Nach bisherigen Feststellungen sind dabei 14 Personen ums Leben gekommen.

Literarisches.

Kirche und Sozialdemokratie, das ist eine Frage, die heute die weitesten Volkskreise interessiert, und die überaus passend den amtierenden Pfarrer Fritz-Köln auf einer öffentlichen Volksversammlung im großen Saale des Bürgerhauses zu Köln behandelt. In äußerst geistreicher Weise wägt er die beiden Forderungen gegeneinander ab, daß einerseits die Kirche für die tieferen Gründe der sozialdemokratischen Bewegung ein anderer Verständnis als bisher gewinnen, und daß andererseits die Sozialdemokratie ihr Urteil über den Wert geistig-seelischer Kräfte einer Revision unterziehen müsse. Die Ausführungen sind in Form einer Broschüre erschienen, die zum Preis von 35 Pf. vom Sozialdemokratischen Parteisekretariat, Köln, Severinststr. 197/199, über durch die Buchhandlung des Volksboten, Johanniskirche 46, zu beziehen ist.

Kriegsbeleidigte von Friedl Rohmann. Reisen im Reichsausschuß der Kriegsbeleidigtenfürsorge (Preis 1,50 Mk., Porto 10 Pf.). Die Schrift des bekannten ersten Sekretärs des Reichsbundes der Kriegsbeleidigten und ehemaligen Kriegsteilnehmers enthält neben einer volkstümlichen Erläuterung des Kriegsbeschädigungsgegesches die neuesten Bestimmungen über die Fragen der Dienst- und Kriegsbeschädigung, über die Verzinsungsstufenzulage, die Rentenzuschläge und den neuen Ratsweg. Bestellungen sind zu richten an den Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße. Auch zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedl. Meyer & Co., Löben, Johanniskirche 46.

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 24. März.

Beginn 6.15 Uhr. Wortführerstellvertreter: H. Eschenburg.

Eingegangen sind u. a. zwei Schreiben vom örtlichen Verein und vom Pädagogischen Verein, die je einen Vertreter ihrer Kreise im Senat wünschen.

Vom Senat wird die Verfügung des Senators Friedrich Evers in den Ruhesand bekanntgegeben und dem Scheidenden Abchiedsworte gewidmet, der 20 Jahre dem Senat angehörte. Ihm sei der Ausklang des Seebades Travemünde besonders zu danken.

Der erste Senatsantrag betrifft die Verfassungsänderung der beiden ersten Abschnitte der Verfassung.

Mehrlein (Soz.): Wir begrüßen den vorliegenden Entwurf als Einleitung zu einer neuen Verfassung, die gleiche Rechte für Alle unantastbar festlegt und gegen alle Unschönheiten schlägt. Die neue Bürgerschaft als demokratische Verkörperung des Volkswollens wird damit den Beatum einer neuen Ära einleiten, die auf der Selbststeierung und des Volkes beruhen soll und an der alle Teile der Bevölkerung teilhaben sollen. Gerade Lübecks Arbeiter, die als Sozialdemokraten schon seit Jahrzehnten mit Überzeugungstreue und Opfermut für die volle politische Gleichberechtigung gekämpft haben, ohne bisher den gewünschten Erfolg erzielen zu können werden dieses durch die Revolution erungenen Recht hochschätzen und es sich zu machen wissen! Kaum irgendwo im Reiche war das reaktionäre Kleid einer bevorstehenden Minderheit so fest eingemuriet, wie gerade hier in Lübeck! Alle unsere Versuche um Abstimmung waren vergeblich, selbst während des Weltkrieges. Erst als Reichsanziger Graf Herlitz ausschied und ein letztes revolutionäres Lüftchen zu wehen begann, erst mit dem Zusammenbruch der Westfront und damit dem Zusammenbruch des Militarismus überhaupt zeigte man weiteres Entzerrungskommen. Aber es war zu spät! Die hereinbrechende Revolution in den ersten Novembertagen räumte für immer und gründlich mit allen Vorrechten auf. Die Revolution hob alle Standesherrschaft auf! Und die Grünen schafften es, solfern wir sie lehren und dauernd festlegen! Unsere Verfassung, zum mindesten ihre wesentlichen Grundzüge — die Statuordnung — ist jetzt 781 Jahre alt und stammt von dem Braunschweiger Herzog Heinrich dem Löwen aus dem Jahre 1158! Sie war zwischenzeitlich nur eine sozial bevorrechtete Oberherrschaft, die Patriarch, und bis heute ist es so geblieben. Nun waren bis jetzt eine rein aristokratische Republik, unmindesten hörten die eine gelegte obere Oberschicht der Senator in Frage kam. Nun wollen wir eine Volksrepublik schaffen! Deshalb war es für uns etwas Selbstverständliches, daß wir in allererst mit der Lebensfähigkeit des Senatoramtes aufzähmen und die Wahl des Senates durch die Bürgerschaft — die Volksvertretung — durchsetzen. Wir wollen noch in unserer Wahlstruktur, deshalb betrachten wir den jetzt geschaffenen Zusatz nur als Provisorium, durch die gegenwärtige Zeitlage erfordert. Gemeinsam ein Motto für um im Staatenausdruck, jetzt Reichsrat, vertreten sein zu können. Also eine Mottoverfassung. Wir behalten uns aber eine gründliche Revision der Verfassung und Verwaltung vor, die ja demnächst in einer gemeinsamen Kommission der Bürgerschaft und des Senats erfolgen soll. Dabei soll auch der soviel verlässtere und so notwendige Arbeiterrat fest in die Verfassung verankert werden! (Bravo! bei den Soz.) Deshalb ist schon heute gezeigt, daß wir in Zukunft uns die Bürgerschaft allein als gelegbenden Faktor denken und den Senat als Landesregierung, als eine Art Ministerium, also der Volksvertretung haftbar und verantwortlich sein, die anderen Regierungen der neuen Republik. Selbstverständlich auf den Grundlagen der Demokratie unter hinzuzeichnung aller wichtigen Kräfte im gewissen Bürgertum. In der Frage der Rechte gelehrt und Kaufleute erklären wir, daß wir keine Ausbildung des Kaufmannes wollen, sondern die Befestigung der Rechte und Gleichberechtigung liegt in die Bahn frei für alle Tüchtigen. Keine Techniker, Beamten, Handwerker usw. Vor allem aber auch für die Arbeiter! Wir und der Meinung, daß die Zahl der Senatorien zu hoch ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir haben uns zu der Zustimmung der Vorlage entschlossen, weil wir sie nur für einen Nebengau halten. Wi-

mukten anerkennen, daß die Verantwortung für die Verwaltung nicht getragen werden kann, wenn die Zahl der Senatorien plötzlich herabgesetzt wird. Wie hatten bisher keinen Einblick in die Verwaltung, geben jedoch zu, daß die lübsche Verwaltung bisher gut und maßstäblich war. Die Zahl der Senatorien muß der Aufwand überlassen bleiben. Zu berücksichtigen sind hier die existenten Gemeindungen, von denen wir in großes Lübeck erhoffen. Vor allem aber müssen sich unsere Leute, die in den Senat eintreten sollen, einsetzen, denn sie wollen keine blanke Dekoration sein. Wohl hatten wir bisher schon eine stark aufgeprägte Selbstverwaltung in Lübeck, durch welche die Entwicklung über alle wichtigen Fragen in die Hände der hier arbeitenden Kollegen gelegt war; aber der zur Teilnahme an diesen Kollegen erwogene Personenkreis beschränkte sich fast ausnahmslos auf die bevorrechteten Bürger! Erst in den letzten Jahren ist es uns gelungen, in einige Behörden auch Sozialdemokraten einzubringen, aber lange nicht in dem Maße, das der sozialstaatlichen Größe der Lübecker Arbeiterschaft entsprochen hätte. Darunter haben nicht nur die Interessen der Arbeiter schmerzen, es ist auch verhindert worden, daß Arbeiter in ordnerlicher Zahl einen Einblick in die Verwaltung zu gewinnen und Erfahrungen auf diesem Gebiete sammeln könnten. Das wird nun bei dem plötzlichen Hervortreten ganz neuer und sehr schwieriger Aufgaben auf verwaltungstechnischem Gebiet nicht in unterschätzende Schwierigkeiten verursachen. Wenn schon die Führung einer komplizierten Verwaltungsmaschine Schule und Erfahrung fordert, so mehr noch deren Neuanstellung, die für Lübeck längst notwendig und dringend geworden war, steht aber unbedingt durchgeführt werden muss. Aus allen diesen Gründen haben wir an der Zahl der Senatorien für jetzt nichts geändert, wir behalten uns aber vor, so bald mit besseren Einblick in die Verhältnisse haben, wie heute darauf zurückzukommen. Auch muss ja jetzt — auf Grund der Reichsverfassung — jede Regierung das Vertrauen des Volkes haben und sind wir jederzeit durch Beschluss der Bürgerschaft in ihr Land, solchen Personen unsere Mitgliedschaft auszubreiten und diesejenigen zu entfernen, die gegen den Volkswillen handeln. Zum Wahlverfahren selbst stimmen wir dem zu, daß die Wahl durch eine Kommission der Bürgerschaft vorzunehmen und der Senat mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt wird. Wir haben auch nichts dagegen, daß der Senat mit beratender Stimme hinzugezogen wird. Die Befürchtung ist, daß die Bürgerschaft wählt und nicht wie bisher der Senat und Wahlbürger. Das war ein Dokument vorbei einer Wahl. Die Honorierung der rechte gelehrt Senator mit 20.000 Mk. halten wir für zu hoch und erwarten einen Abfall dieser Senatorienhöhe. Wir verfehlern allerdings nicht, daß es schwer fällt, Herren zu finden, die eine bekannte Schuleitung in Kauf nehmen. Wir wollen diese Gegebenheiten nutzen lassen, hoffen aber Erfahrungen anderer Arten der Vergangenheit und besonders bei der Verwaltungsreform zu machen. Auch hier müssen wir abwarten, wie die Ergebnisse aussehen! Das Ruhgehalt der Senatormitglieder scheint uns gleichfalls rechtlich hoch. Wir müssen uns noch weitere Vorschläge vorbehalten. Wenn es heißt, daß diese Herren Opfer bringen, dann sei darauf hingewiesen, daß auch unsere Leute Opfer bringen, auch ihre Zukunft bei anständiger Spannkraft und Arbeitskraft nur aufzubringen! Sie erhalten nicht nur Würde, sondern auch Würde. Wir wollen aber zeigen, welche Kräfte in der Arbeiterklasse vorhanden sind und wieviel. Nicht darin liegt sie nicht längst für die Allgemeinheit braubar zu machen. Auch wenn sie keinen Doktorhus und akademischen Weihen haben! Alles in allem bestehen wir die Vorlage als ersten Schritt vorwärts zum Volksrepublik. Es lebe der zweite! Das alte stirbt, es ändert sich die Seiten, und neues Leben blüht aus den Ruinen! Bravo! b. b. Soz.)

Dr. Görke (Dem.): Die Vorlage entspricht nicht dem Ideal das meine Freunde noch vor Jahrzehnten gehabt haben. Sie entspricht auch nicht den Wünschen der Großbauernenschaft und reicht nicht an die Magistratswahlen in Preußen hinan, die die Techniker nicht missen wollen. Auch bei uns sind die Meinungen auseinander. Wir stehen aber in der Vorlage ein Komromi, das uns zu sicherer Zuständen führt, um vorwärts zu kommen. Wir haben in einer Linie dem Komromi zugestimmt, um zu verstehen, daß die äußere Linke die Linia gaudens ist und wenn wir eine Vergrößerung unseres Verwaltungsgewaltes erhoffen. Wir werden also für die Vorlage stimmen. Die Vorlage ist mit den beiden Nadeln ansehnlich sie enthält Füll- und Schönheitsfehler die

bei der endgültigen Verfassung auftreten werden können. Die Zeitdauer der Senatsfrist ist Nischenloch. Hauptricht ist, daß uns der Senat erhalten bleibt. Er hat für Lübeck das Beste geleistet und wird auch mit den neuen Männer das Beste für unser Staatswesen vorbringen. Wenn bis neuen Männer aus der Sozialdemokratie den besten Mann haben, dasselbe zu tun, dann wird es zum Seinen unteres Staatswesen sein. Die Kritik ist leicht, aber schwer ist es, etwas Politisches zu schaffen, doch meine Herren Sozialdemokraten sollten Sie auch einmal etwas Politisches leisten und da werden Sie sehen, wie unendlich schwerer dies ist als Kritik zu üben. Um besten für unser Staatswesen ist ein einiges Handeln und nicht nur prinzipielles Beste halten, das einer guten Sache manchmal schadet.

Dr. Wittern (Deutsch.). Ich glaube, daß später die Auslandserklärungen unter den Parteien der Bürgerschaft noch stärker vorherrschen werden. Er erinnert an die Wahlfreieswahl von 1914, wo er sich gegen die Ausschließung der Sozialdemokratie in der Bürgerschaft gewandt habe. Damals habe der Senat gesagt, der Mann bestellt mir nicht heute wäre der Senat froh, wenn er seiner Wahlung gefolgt wäre. Auch unter den Demokraten seien manche, die jetzt mit den Sozialdemokraten gehen, damals aber auf dem Standpunkt des Senates geblieben waren. Der Redner geht auf die Voraussetzung des Antrages ein und betont, die Sozialdemokratie vorne auf die Mehrheit und sollte ihren Willen durchsetzen, obwohl die große Minderheit starke Bedenken ausfinden des Staatswesens habe. Worte und Taten der Sozialdemokraten wie der Demokraten seien widersprechend. Denn eine Partei habe man. Der wichtigste Frage ausgelöscht. Am besten sei es, die Wahl des Senates werkt an die Bürgerschaft und dann, wenn es nötig ist, an den Bürgerausschuß zu geben. Zu bedauern sei, wenn die Gewalt in die Hände der Bürgerschaft gelangt werde. Der Weg zur Korruption sei freier, als wenn zwei selbstständige, in sich unabhängige voneinander tragende Gewalten vorhanden seien. Das jegige Wahlverfahren sei nicht gut, besser sei, die Wahl des Senates durch allgemeine Wahlen der Bevölkerung und zwar auf Lebenszeit vorzunehmen. Er wunderte sich nur, daß die Sozialdemokraten diesen Weg zu verfolgen nicht versucht habe. Die Sozialdemokraten haben früher gesagt, die Wahl solle man entweder durch das Volk oder durch die Bürgerschaft vornehmen lassen. Nachdem man durch die Wahl zur Nationalversammlung eine Bürgerschaftsmehrheit erwartet habe, habe man sich zu letzterem entschlossen. Besonders sei die Entscheidung des Volkes bei Stimmengleichheit zu verurteilen. Bei unserer jetzigen Parteikonstellation könnte das Los nicht den Einheitsbringern, wie ihn eine Volkswahl zutage fördere. Sie würdetlicher solche Männer wählen, die sich durch Sachkunde auszeichnen, und sich nicht von der Stimmung bei der Nationalwahl entfernen lassen. Dem Senat würde durch eine solche Wahl eine höhere Rückenbildung zuteil, da er sich auf die gleiche Wahl stützen könnte wie die Bürgerschaftsvertreter. Seine Partei zieht sich stets los die Konsequenzen der größeren Teilnahme der Wähler in den Geschäften des Staates. Ferner fragt Redner, warum man die Lebensfähigkeiten der Senatorn beurteilen möste. Zu erkennbarem Nutzen habe die Lebensfähigkeit bisher nicht geführt, da der Senat sich meistens entgegenkommend gezeigt habe. Deshalb soll man die Verfassung nicht unterschätzen, wo sie als richtig erwiesen habe. Wir wünschen 7 Gelehrte, davon 4 Rechtsgelehrte, und unter den andern Senatsmitgliedern mindestens 4 Kaufleute. Bedenklich sei die Bestimmung des Alters, der eine Gefahr für die Bodenständigkeit des Senates ist. Die Lebensfähigkeit könne man für das Recht der Wahlwahl entscheiden. Eine Beimahl gefährdet die Selbständigkeit des Staatswesens und halte den Anschluß weiterer Gewaltenteile zurück. Des fernerer wendet sich der Redner gegen die vorgeschlagene Honorierung und insbesondere gegen das in Aussicht genommene Ruhgehalt. Das Gelehrte sei zum mindesten schlecht. Er meide in der Einzelberatung Abänderungsanträge stellen.

Mehrlein (Soz.): Ich erkläre, der Vortredner habe sehr viele Worte gebraucht um wenig zu sagen. Der Redner habe Spiegelrechte getrieben, um im Volke Stimmung zu machen, daß wir gegen den Senatswahl durch das Volk seien. Hatte Herr Dr. Wittern das Konzept bereits gelesen, dann würde er gehört haben, daß die Sozialdemokraten die jegliche Wahl nur als Übergang betrachten, als eine Notverfassung. Wir wollen den Senat als ein Ministerium ausbauen, und ein solches werde nicht in alle gemeinen Wahlen gewählt. Lieber die Bevölkerung der Lebensfähigkeit kann auch ich Dr. Wittern nicht zu wünschen. Grundsätzlich jeder Demokratie sei die Aufhebung der lebensfähigen Wahl. Wir wollen dadurch gerade dem Volke Gelegenheit zur Kontrolle geben. Es ist doch bekannt, daß die Deutschenationalen die größten Feinde der Volksrechte seien und jetzt treiben sie Vauernaufzug und tagen, sie forderten die Wahlen durch das Volk. Vor dem 9. November habe man es anders gelesen. (Sehr richtig! b. b. Soz.) Ihre hoffnungslöse Minderheit sucht sich populär zu machen. Bei den Wahlen hätte sich die Bürgerschaft zu einer reinen sozialdemokratischen Mehrheit befunden und bei den nächsten Wahlen würden wir noch besser abschneiden. Die geklauten Stühle braucht Herr Dr. Wittern nicht zu spielen, es ist auch zwecklos, immer Dr. Müller gegen uns auszuspielen, der als Bürgerschaftspolitiker und Gewerkschafter geschah, aber von voller Volksgeistiger Eingänger ist Redner bestrebt gewalt, daß es sich nur um eine Notverfassung handele, nach der erste Erfahrungen gemacht werden müßten.

Der Vorträgerstellvertreter Eschenburg bezeichnet den Ausdruck Spiegelrechte als unzulänglich.

Leitn (Dem.): Ich betone, es bedürfe zur Widerlegung des von Dr. Wittern vorgetragenen mindestens 5-6 Stunden. Der Vortragsaufwand genügt seiner Partei weder formell noch inhaltlich, aber da er ein Komromi darstellt, werde die gemeinsame Kommission Beilegerschaft schaffen. Tückige Leute würden auch von den Sozialdemokraten unterstützt. Gegen Wahlwahl für den Senat habe er nichts einzubringen, aber auch dort kommt es auf Zusammensetzen an und Versprechungen spielen da manchmal viel mit.

Zu zum 31. März kommt dieser Wahlapparat nicht in Betrieb.

Dr. Wittern (Deutsch.): Ich wende mich gegen den Vorwurf der Spiegelrechte und geht auf das ihm von Mehrlein vorgehalte ein. Die Sozialdemokratie habe früher dieselben Vorwürfe in bezug auf Veranziehung zu den Behörden und Kommissionen gestellt, wie sie seine Partei jetzt erhob. Also handelt es sich nicht um geklauten Stühle, sondern um ein Recht.

Der Senatsantrag wird unter Ablehnung der von Dr. Wittern gestellten Anträge angenommen. Die deutsch-nationale Fraktion stimmt dagegen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung über den Haushaltspunkt für das Rechnungsjahr 1919.

Haut (Soz.): Ich stelle den Antrag, die Reichsregierung zu einem baldigen Höhepunkt für Schlachtpreise einzuführen.

Kleinert (Soz.): Ich stelle den Antrag, Bautontrollen aus Arbeitersiedlungen ein und rufe zu Ausdehnung der Siedlungsförderung auch für den Eisenbahnbau.

Karl Möller (Soz.): Ich fordere die Anstellung eines Hafeninspektors. Der Schiffsoberhaupt wird sich bald wieder heben, und dann werde dieser Inspektor einen weiten Wirkungskreis haben. Den Drängen der Hafenarbeiter müsse man endlich nachkommen.

Der Senat erklärt, daß Vorbereitungsarbeiten für diese Förderung im Gange seien.

Haut (Soz.): Ich weise auf den Zustand hin, daß die Preise nach Hamburg verschleppt werden, wo ungemeine Preise bezahlt werden.

Kandidaten fordern für Schlachtpreise bis 2000 Mk.

Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

1. Fortsetzung.

„Mich wollte nachträglich ein Grauen überlaufen: „Verzeiht!“ sprach ich, „was ist das mit dem Schimmelreiter?“

Aberth hinter dem Ofen, ein wenig gebückt, saß ein kleiner hagerer Mann in einem abgedachten schwarzen Röcklein; die eine Schulter schien ein wenig ausgewachsen. Er hatte mit seinem Worte an der Unterhaltung der anderen teilgenommen; aber keine bei dem spärlichen grauen Haupthaar noch immer mit dunklen Wimpeln besäumten Augen zeigten deutlich, daß er nicht im Schlaf hier säße.

Gegen diesen strectete der Deichgraf seine Hand: „Unser Schulmeister,“ sagte er mit erhöhter Stimme, „wird vor uns hier Zuhören, das am besten erzählen können; freilich nur in seiner Wohnung.“

„Ihr Herzet, Deichgraf!“ kam die etwas kränkliche Stimme des Schulmeisters hinter dem Ofen hervor, „daß Ihr mir Euren dummen Drachen wollt zur Seite stellen!“

„Ja, ja, Schulmeister!“ erwiderte der andere; „aber bei den Drachen soll derlei Geschichten am besten in Verwahrung sein!“

„Freilich!“ sagte der kleine Herr; „wir sind hierin nicht ganz derselben Meinung;“ und ein überlegenes Lächeln glitt über das seine Gesicht.

„Sie leben wohl,“ räumte der Deichgraf mir ins Ohr: „er ist immer noch ein wenig hochmütig; er hat in seiner Jugend einmal Theologie studiert und ist nun einer verfehlten Brauchtum wegen hier in seiner Heimat als Schulmeister behangen geblieben.“

Dieser war inzwischen in seiner Ofencke herabgekommen und hatte sich neben mir an den langen Tisch gesetzt. „Erzähl es, erzähl nur, Schulmeister,“ riefen ein paar der Jüngeren aus der Gesellschaft.

„Nun freilich,“ sagte der Alte, sich zu mir wendend, „will ich gern zu Ihnen sein; aber es ist viel Übergläubische dazwischen, und eine Kunst, es ohne dienen zu erzählen.“

„Ich muß Euch bitten, den nicht auszulassen,“ erwiderte ich; „er weiß mir zu, daß ich schon selbst die Spreu vom Weizen sondern werde!“

Der Alte sah mich mit verständnisvollem Lächeln an: „Nun also!“ sagte er. „In der Mitte des vorigen Jahrhunderts, oder vielmehr, um genau zu bestimmen, vor und nach derselben, gab es hier einen Deichgrafen, der von Deich und Siestachen mehr verstand, als Bauern und Hofsbesitzer sonst zu verstehen pflegten; aber es reichte doch wohl kaum, denn was die studierten Fachleute darüber niederschrieben, davon hatte er wenig gelesen; sein Wissen

hatte er sich, wenn auch von Kindesbeinen an, nur selber ausgezogen. Ihr hört wohl schon, Herr, die Freien rechnen gut, und haben auch wohl schon über unsen Hans Mommen von Gaderof reden hören, der ein Bauer war und doch Bissjolen und Seeschuten, Telestopen und Orgeln machen konnte. Nun, ein Stück von jolch einem Mann war auch der Vater des nachherigen Deichgrafen gewesen; freilich wohl nur ein kleines. Er hatte ein paar Jettinen, wo er Kaps und Bohnen baute, auch eine Kuh graste, ging unterweilen im Herbst und Frühjahr auch auf Landmeisen und saß im Winter, wenn der Nordwest von draußen kam und an seinen Läden züttelte, zu rüben und priedeln, in seiner Stube. Der Junge lag dabei dabei und saß über seine Bibel oder Bibel weg dem Vater zu, wie er moß und berechnete, und grub sich mit der Hand in seinen blonden Haaren. Und eine Abends fragte er den Alten, warum denn das, was er eben hingeschrieben hatte, gerade so fein müsse und nicht anders sein könne, und stellte dann eine eigene Meinung darüber auf. Aber der Vater, der darauf nicht zu antworten wußte, schüttelte den Kopf und sprach: „Das kann ich Dir nicht sagen; genug, es ist so, und du selber irrst dich. Wißt du mehr wissen; so suche morgen aus der Kiste, die auf unserem Boden steht, ein Buch; einer, der Eullid hieß, hat's geschrieben; das wird's dir sagen!“

Der Junge war tags darauf zu Boden gesunken und hatte auch bald das Buch gefunden; denn viele Bücher gab es überhaupt nicht in dem Hause; aber der Vater lächte, als er es vor ihn auf den Tisch legte. Es war ein holländischer Eulid, und holländisch, wenngleich es doch halb Deutsch war, verstanden alle beide nicht. „Ja, ja,“ sagte er, „das Buch ist noch von meinem Vater, der verstand es; ist denn kein deutscher da?“

Der Junge, der von wenig Wissen war, sah den Vater ruhig an und sagte nur: „Darf ich's behaupten? Ein deutscher ist nicht da.“

Und als der Alte lächelte, wies er noch ein zweites, halb zerstüttetes Büchlein vor. „Auch das?“ fragte er wieder.

„Nimm sie alle beide!“ sagte Tede Hain; „sie werden dir nicht viel nützen.“

Über das zweite Buch war eine kleine holländische Grammatik, und da der Winter noch lange nicht vorüber war, so hattet es, als endlich die Stachelbeeren in ihrem Garten wieder blühten, dem Jungen schon so weit geholfen, daß er den Eulid, der damals stark im Schwange war, fast überall verstand.

„Es ist mir nicht unbekannt, Herr,“ unterbrach sich der Erzähler, „daß dieser Umstand auch von Hans Mommen erzählt wird; aber vor dessen Geburt ist hier bei uns schon die Sache von Hause Hain — so hieß der Knabe — berichtet worden. Ihr wisst auch wohl, es braucht nur einmal ein höherer zu kommen, so wird ihm alles aufgeladen, was in Ernst oder Schimpf seine Vorgänger einst mögen verübt haben.“

Fortsetzung folgt

Das seien Werte, die den Fleischverkauf nur im Schlechthandel gestatten. Nebenbei würden zum allgemeinen wirtschaftlichen Schaden gute Werke als Schadstoffe verwendete. Deshalb sei die Annahme seines Antrages notwendig.

Klein (Dem.) bringt die Wohnungsnot zur Sprache. Die Bürgerschaft habe alles getan, um dem Wohnungsmangel abzuholzen. 44 Millionen seien ausgeworfen. Die schlechte Abstimmung vielfach am Materialmangel.

Schäfer (Soz.) wünscht bessere Regelung beim Fleischverkauf sowie Höchstpreise für den Fleischverkauf. Er stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Kanis (Deutsch.) fordert in der Baubehörde einen Sachverständigen für Gartenbau.

Vom Senat wird auf den Gartenbaudirektor Mach hinweisen.

Bulz (Soz.) fordert Änderung der Arbeitsverhältnisse für Krankenträger, die den Transport ansteckender Kranken ausüben. Wenn diese zur Arbeit zurückkehren, könnten sie bei ihren Kollegen leicht Infektionen übertragen.

Meyer (Soz.) bemängelt, daß das Auslandsmehl nicht besser sei als das Kriegsmehl. Es koste 1 Mark und werde ausbestellter Saat verlaufen.

Hentz (Deutsch.) unterstützt den Antrag von Hout.

Ambrus (Dem.) mischt roschere Tätigkeit zur Gebundener Wohnungsfürsorge. 458 Wohnungssuchende lägen um 1. April 1919 zum Oktober vor. Es empfiehlt sich vielleicht die Anstellung eines Wohnungskommissars aus den Fachkreisen. Redner meint auf die Kavallerie als Notstandswohnungen hin. Insbesondere sei die Marikaserne dazu geeignet. Dazu stellt der Redner einen Antrag.

Wöhlwag (Soz.) kritisiert den hohen Heringspreis. Auch die Räuberwaren seien viel zu teuer gewesen. Hier könne man hier ebenfalls nicht erhalten. Das Landesversorgungsamt möge dahin wirken, daß man wenigstens in Ostern ein Et bekomme. Redner fordert angemessene Höchstpreise für die eigenen Produkte.

Rocksten (Soz.) wünscht eine kollegiale Besetzung des Seemannsamtes. Die Seeleute hoffen, daß bei Wiederaufnahme der Schifffahrt eine paritätische Besetzung des Seemannsamtes eingezogen wird.

Scheicher (Dem.) regt eine bessere Verteilung der Drucksachen auf die einzelnen Betriebe an.

Niemann (Dem.) bestätigt die hohen Preise für Herings und hofft, daß eine baldige Senkung eintrete. Das Landesversorgungsamt habe den Preis festgesetzt.

Aug. Pape (Dem.) fordert für die Schuleute Schuhzutaten und elektrische Lampen. Die Fußwege müßten jetzt wieder dem Publikum allein zuteilen.

Senator Dr. Vienau: Für die Bewaffnung der Schuleute ist das Erforderliche in die Wege geleitet. Sobald die Auslieferung besser sei, werde man strenger auf die Vorschüsse der Strafgerichtsordnung achtten.

Möhr (Dem.) rügt, daß die Zigarettenhändler, die im Krieg waren, nicht an dem allgemeinen, vom Landesversorgungsamt eingesetzten Verkauf teilnehmen dürfen.

Übers (Dem.) weist auf die Zügellosigkeit der reisenden Jugend hin.

Henze (Soz.) möchte kein allzu scharfes Vorgehen gegen die Personen, die Blockwagen auf Kundenreisen leiten müssen.

Schermer (Soz.) beantragt den Nummernzwang für Radfahrer aufzuheben.

Die Anträge werden angenommen.

Beim Abschnitt S. Polizei, fordert Bulz (Soz.) eine gerechte und vorsichtige Anstellung der Wärter im Lauerhof und ruft, daß dort kein Angestelltenausschuß eingerichtet wird. Es sei höchste Zeit, die Kuhelohkasse zu errichten. Ein Antrag des Redners wird angenommen.

Roennquist (Dem.) tritt für die Gewerbeleiter ein.

Frau Dr. Vandau (Dem.) bemängelt, daß das Landesversorgungsamt Vergünstigungen beim Kohlenbezug usw. vom Einommen abhängig macht, ohne daß man die Familienzahl berücksichtige. Rednerin stellt einen dahingehenden Antrag.

Senator Dr. Vienau erkennt die Gerechtigkeit des Antrags an, glaubt jedoch, daß die technische Durchführung sehr schwierig ist.

Mehrlein (Soz.) erinnert daran, daß man an eine Herauslösung der Gemeindesonderunterstützung nicht denken könne, ehe nicht die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände abgestimmt würden. Man müsse mit allen Mitteln versuchen, Arbeit zu beschaffen. Redner wünscht den Ausbau des Wohlfahrtsamtes, redet einer Vereinigung der Rechtsaufsichtsstelle mit dem Arbeitsschreiber das Wort und hofft Heranbildung von Gewerkschaften zu Beamtenstellen, wo praktische Arbeit notwendig ist. Weiter wendet sich Redner gegen die jährlinge Lehrezeit und gegen das Absichtsrecht der Lehrherren.

Roennquist (Dem.) ist in bezug auf die Lehrlingfrage gegenseitiger Ansicht.

Heise (Dem.) glaubt, daß Herr Mehrlein durch die Neuordnung, das Gebäude des Wohlfahrtsamtes zu übernehmen, dem Staate einen guten Dienst geleistet habe.

Dreher (Soz.) weist auf den Streit der Angestellten hin und mischt, daß die Behörden bei solch weittragenden Geschehnissen ihren Einfluß geltend machen, um große Gefahren abzuwenden.

Heine (Soz.) ist der Ansicht, daß die Lehrzeit verkürzt werden kann, wenn die Lehrkinder zu ihrem eigentlichen Berufe vorbereitet werden.

Der in vorher Sitzung gestellte Antrag Steiling, die Landgemeindeordnung bald in demokratischem Sinne umzustalten wird angenommen. Ebenfalls das Ersuchen von Frau Dr. Vandau.

Meyer (Soz.) stellt einen Antrag, die Linie 9 bis zum Kassehaus Moisling zu erweitern.

Timmermann (Soz.) rügt, daß man an leitender Stelle die Beamtenausschüsse nicht gern sehe. Man durfe sich heute die zeitigen Normendienststellen nicht mehr entziehen. Dokumentarten für die Straßenbahn müßten auch für Angehörige bis zu einem gewissen Einkommen aufgeteilt werden.

Aug. Pape (Dem.) wendet sich gegen die Ableitung der Posttage.

Haut (Soz.) verlangt ernstere Behandlung der Angestelltenauschüsse und verurteilt das Vorhaben des Oberbaurats Haare. Gründlich dürfe man gegen diese Ausschüsse vom Senat nichts einwenden.

Der Senat sagt erneute Prüfung zu.

Alle Grüßen werden angenommen.

G. Schles (Soz.) spricht für Förderung des Bademeisen und warnt vor einer Erhöhung der Bedegebühren. Auch die Schwimmballenfare müsse endlich gefördert werden. Die Plat-

frage sollte fest entschieden sein. Volkschüler sollten auf dem Privat unentgeltlich baden können.

Senator Evera erklärt, die Badefrage werde ernstlich geprüft.

Haut (Soz.) wünscht bessere Aussicht in den Badeanstalten,

hauptsächlich in den eingemeindeten Bezirken.

Die Bürgerschaft wird auf Dienstag abend vertagt.

Schluß 10 Uhr 35 Min.

Aus der Partei.

Die Berliner Parteifunktionäre verlangten die Anstellung von Lebensmittelkontrollen aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, um das Geschwinden aus dem Auslande kommenden Lebensmittel in den Schlechthandel zu verhindern. Eine andere Resolution läßt den blutigen Bürgerkrieg auf die politischen Versuche einer kleinen Minderheit zurück, verurteilt aber auch auf das schärfste die Übergriffe von Regierungstruppen und fordert strenge Unterwerfung und Abhandlung.

Aus Nah und Fern.

Millionenraus. Fünf Personen raubten in der Reichsbank nebenbei Guerillchen nach Knebelung der Angestellten an, nahezu 1½ Millionen Mark. Die Täter trugen maskierte Uniformen und benutzten auf der Flucht in der Richtung nach Bonn und Köln ein englisches Ambulanzauto.

Panic in einer Kindervorstellung. Die katholische Mission für Mädchenkunst in Gleiwitz veranstaltete eine Kindervorstellung. Aus unaufgeläster Ursache entlud auf der Bühne Feuer. Der Feuerzug löste eine unbeschreibliche Panik aus. Alle fürgten den Ausgängen zu. Dadurch häuften sich die Kindermenge. Eine große Zahl von Kindern — man spricht von 60 bis 70 — wurde verletzt und zerdrückt. Die Feuerwehr, Sanitätsmannschaften, Aerzte und Priester waren zur Stelle und bemühten sich um die Verunglückten. Augenblicklich läuft sich die Größe des Unglücks noch nicht feststellen.

Aufgefundenes Leiche eines Spartakistenführers. Der seit 5 Tagen aus Halle verschwundene Spartakistenführer Kleiberberg ist als Leiche aus der Saale gefunden worden. Wie die Ermittlungen ergeben haben, ist er durch einen Schlag in den Hinterkopf getötet und dann in das Wasser geworfen worden. Auf die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgeschetzt worden.

Der Luftverkehr. Der bisher auf den Strecken Berlin-Leipzig-Wermaar und Berlin-Hamburg von der deutschen Luftreederei betriebene regelmäßige Luftpostdienst soll noch im Laufe des April nach Hannover-Rheinland-Westfalen-Kantoni a. M.-Breslau-Warnemünde ausgedehnt werden. Eine schnelle Verbindung mit Warnemünde wird namentlich für den Personen- und Postverkehr nach den skandinavischen Ländern von großer Bedeutung sein. Warnemünde soll auch den Ausgangspunkt für den See- und Luftverkehr mit Wasserflugzeugen bilden. Der Luftverkehr nach Warnemünde ist bereits aufgenommen. In Zukunft können die Berliner Morgenblätter am Abend schon in Kopenhagen stehen werden.

ordnung, und im Geltungsgebiete der Bauordnung für die Bankbezirke vom 3. August 1887 den Bestimmungen des § 52 dieser Bauordnung entsprechen oder durch geringfügige bauliche Änderungen jenen Bestimmungen entsprechend hergestellt werden können.

§ 4.

Der Verfügungsberechtigte ist ferner verpflichtet, die Vermietung angemeldeter Räume innerhalb dreier Tage nach Abschluß des Mietvertrages auf der vorgezeichneten Meldeliste (Abmeldestelle) dem Wohnungsnachweis bzw. den Verwaltungsgeschäftsstellen in einem Verzeichnis eingetragen, das Angaben enthält über Namen und Adresse des über die Wohnung Verfügungsberechtigten, Lage der angebotenen Räumlichkeiten, die Zeit, zu wann der Raum zu vermieten ist, ein Angabe darüber, an wen der Raum schließlich vermietet ist, Bemerkungen über Art und Tag der Erledigung, sowie Angabe des jährlich geforderten Mietzinses.

Der Verfügungsberechtigte ist ferner verpflichtet, die Vermietung angemeldeter Räume innerhalb dreier Tage nach Abschluß des Mietvertrages auf der vorgezeichneten Meldeliste (Abmeldestelle) dem Wohnungsnachweis bzw. den Verwaltungsgeschäftsstellen in einem Verzeichnis eingetragen, das Angaben enthält über Namen und Adresse des über die Wohnung Verfügungsberechtigten, Lage der angebotenen Räumlichkeiten, die Zeit, zu wann der Raum zu vermieten ist, ein Angabe darüber, an wen der Raum schließlich vermietet ist, Bemerkungen über Art und Tag der Erledigung, sowie Angabe des jährlich geforderten Mietzinses.

§ 5.

Das Wohlfahrtsamt ist berechtigt, für einzelne Gebietsteile die Meldepflicht aufzuheben.

§ 6.

Bei dem Wohnungsnachweis werden die gemeldeten freien Räume unter fortlaufender Nummer und unter Angabe des Datums des Tages des Einganges der Anmeldung bei dem Wohnungsnachweis bzw. den Verwaltungsgeschäftsstellen in einem Verzeichnis eingetragen, das Angaben enthält über Namen und Adresse des über die Wohnung Verfügungsberechtigten, Lage der angebotenen Räumlichkeiten, die Zeit, zu wann der Raum zu vermieten ist, ein Angabe darüber, an wen der Raum schließlich vermietet ist, Bemerkungen über Art und Tag der Erledigung, sowie Angabe des jährlich geforderten Mietzinses.

§ 7.

Wer bewohnbare Räume im Sinne des § 2 der Verordnung zu mieten wünscht, kann bei dem Wohnungsnachweis das Verzeichnis der zu vermietenden Räumlichkeiten einsehen und Auszüge daraus fertigen, nachdem sein Name in die Liste der Mietenden aufgenommen ist.

Das Gesuch gilt vier Wochen nach erfolgter Anmeldung als zurückgenommen, wenn nicht innerhalb dieser Frist Erneuerung des Gesuchs erfolgt ist.

§ 8.

Die Liste der Mietsuchenden wird in der Geschäftsstelle des Wohnungsnachweises bzw. in den Verwaltungsgeschäftsstellen in Travemünde, Schlutup und Moisling und in der Polizeistation Kühlungsborn geführt und soll Ausschluß geben über Namen, Standort oder Beruf, sowie bisherige Wohnung des Suchenden, Art und Zahl der von ihnen gehaltenen Räume, Höhe des Mietzinses, der jährlich zu zahlen beabsichtigt wird, die Gegend, in welcher die gefüllten Räume gelegen sein sollen, den Zeitpunkt, zu dem die Räume gezeigt werden und die Art der Erledigung des Mietgesuches.

§ 9.

Unter Vermieter und Untermieter gelten als Verfügungsberechtigte über eine Wohnung oder Teile derselben und als Vermieter und Mieter im Sinne dieser Verordnung.

§ 10.

Die Tätigkeit des Wohnungsnachweises ist kostenlos.

§ 11.

Die Verwaltungsgeschäftsstellen in Travemünde und Schlutup und die Polizeistation Kühlungsborn melden täglich der Geschäftsstelle des Wohnungsnachweises die bei ihnen als vermietet gemeldeten Räumlichkeiten unter genauer Angabe der in die dort geführte Liste der freien Räume eingetragenen Bemerkungen (§ 6) sowie die Namen der Mietsuchenden.

Sobald eine bei den Verwaltungsgeschäftsstellen in den Stadtteilen oder der Polizeistation Kühlungsborn gemeldete Wohnung vermietet ist, haben diese es der Geschäftsstelle des Wohnungsnachweises zu melden.

Der Wohnungsnachweis trägt die Meldungen der Verwaltungsgeschäftsstellen in Travemünde, Schlutup und Moisling und der Polizeistation Kühlungsborn in besondere nach diesen Stadtteilen getrennt geführte Listen der freien vermietbaren Räume und der Mietsuchenden ein.

§ 12.

Bermieter, welche entgegen den Bestimmungen der §§ 2 und 4 die vorgeschriebenen Meldungen nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Zeit vornehmen, können auf Grund des § 7 des Gesetzes vom 16. Juni 1879 bei die Strafzugsrichter der Polizei und Verwaltungsbehörden des Staates und der Stadtgemeinde angeholt werden, dem Wohnungsnachweis die erforderliche Anzeige zu erstatten.

Lübeck, den 22. März 1919.

Das Wohlfahrtsamt.

Bekanntmachung

betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 24. bis 30. März 1919 wird für erwachsene Personen 100 Gramm Fleisch und 100 Gramm geräucherter Mettwurst, für Kinder unter 8 Jahren die Hälfte ausgeteilt.

Im Falle des Fleisches kann Frischwurst entnommen werden.

In diesem Falle ist jede Fleischmarke, die den Ausdruck „Anteil“ trägt, mit 40 Gramm zu bewerten.

Der Preis der geräucherten Mettwurst ist auf 3.20 M. für das Pfund festgelegt.

Lübeck, den 24. März 1919.

(11052)

Notgeld der Stadtoste.

Die Wechsel- und Kassenscheine der Stadtoste zu 5, 10 und 20 Mark und vom 1. April d. J. an ungültig. Sie werden von der Stadtoste und den vier Bonnen noch bis zum 15. April d. J. angenommen oder umgetauscht.

Die Kassenscheine der Stadtoste zu 50 Mark sind bereits mit dem 28. Februar d. J. ungültig geworden.

Lübeck, den 11. März 1919.

(11052)

Die Finanzbehörde.

Bekanntmachung

Die Verordnung des Polizeiamtes vom 9. Dezember 1918

über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel ist mit Übergang des Wohnungsnachweises auf das Wohlfahrtsamt, wie

folgt geändert:

Qübeck, den 24. März 1919.

(11052)

Verordnung

über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel

Auf Grund der Ausführungsverordnung des Senates vom

1. Dezember 1918 zu der Bekanntmachung des Reichsfanzlers über

Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918

ordnet das Polizeiamt mit Genehmigung des Senates folgendes:

S. 1.

Obwohl vorherige Zustimmung des Polizeiamtes ist es untersagt:

a) Gebäude oder Teile von Gebäuden abzubrechen,

b) Räume, die bis zum 1. Dezember 1918 zu Wohnungsmangel bestimmt oder benutzt waren, zu anderen Zwecken, insbesondere als Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst